Der Widerstand in Chile, Interview mit einem Führer der Front des Volkes Seite 11

Seite 11

1 H 3752 CX

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

Nr. 22 vom 3. Juni 1977 | 11. Jahrgang | 50 Pfennig

Bonner "Arbeitsbeschaffungsprogramme" nützen nur den Kapitalisten

Angriffe auf die Lage der Arbeitslosen

In den letzten Wochen hat die Bourgeoisie eine widerwärtige Hetzkampagne gegen die Arbeitslosen in Gang gesetzt. „Den Arbeitslosen geht es zu gut", lassen sie über ihre Zeitungen und über die Rundfunk- und Fernsehanstalten verbreiten. Viele Arbeitslose seien arbeitsscheu. Sie erhielten einfach zuviel Arbeitslosengeld, so daß sie lieber zu Hause blieben.

Zum einen soll diese ungeheuerliche und äußerst zynische Hetze von den Ursachen der Arbeitslosigkeit ablenken, die im kapitalistischen System, in der unersättlichen Profitgier der Kapitalisten liegen. Zum anderen bildet diese Hetze jedoch die Begleitmusik für die zunehmenden Angriffe des Staates und des Kapitals gegen die Arbeitslosen. Angriffe, die den scheibchenweisen Abbau der Rechte und finanziellen Ansprüche der Arbeitslosen bedeuten. Arbeitslose sollen durch entsprechende Gesetze und Verordnungen zunehmend gezwungen werden können, jede Arbeit anzunehmen, Hungerlöhne und unmögliche Arbeitsbedingungen zu akzeptieren, weite Anfahrtswege oder Umzug an einen anderen Wohnort in Kauf zu nehmen usw.

So erließ die Bundesregierung vor einer Woche neue Verordnungen, die unter anderem bedeuten, daß künftig Arbeitslose, die „eine ihnen angebotene Arbeit verweigern", nicht mehr 12 Monate, sondern nur noch 11 Monate Anspruch auf Arbeitslosengeld haben. Ferner ist vorgesehen, daß Arbeitslose in den Arbeitsämtern eingesetzt, also zu einer Art Arbeitsdienst gezwungen werden können.

So sind seit dem 1. Mai neue Bestimmungen in Kraft, nach denen z. B. das Arbeitsamt den Kapitalisten Arbeitslose zu einer sogenannten „Probebeschäftigung" überläßt, um ihre „Arbeitswilligkeit" zu prüfen.

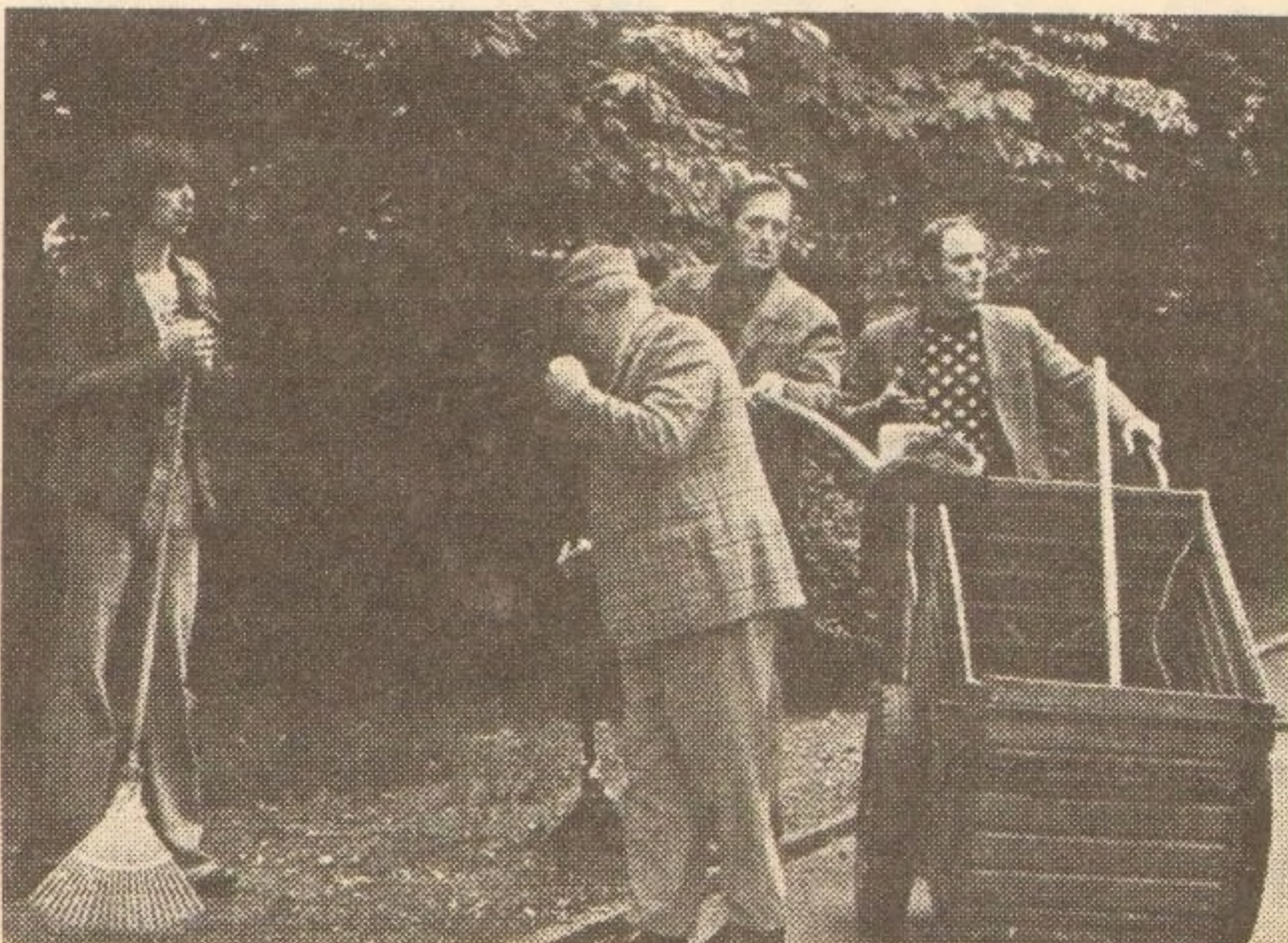
Alle diese Maßnahmen sind Schritte hin zur völligen Entrechtung der Arbeitslosen. Begleitet werden diese Angriffe von einer widerwärtigen Propaganda der Kapitalisten und ihrer Politiker. So forderte jetzt der Chef des Kapitalistenverbandes Schleyer die Werktätigen dazu auf, nicht ihr Recht auf Arbeit zu verlangen, man müsse vielmehr häufiger von der „Pflicht zur Arbeit" sprechen.

Pflicht zur Arbeit? Ja, sind denn die über eine Million arbeitslosen Kollegen Drückeberger und Faulenzer? Die älteren Arbeiter und Angestellten, die von Betrieb zu Betrieb gehen, überall abgelehnt werden, die zur Dauerarbeitslosigkeit verurteilt sind; die Lehrlinge, die nicht übernommen werden, nicht wissen, ob sie überhaupt je ihren Beruf ausüben können, die Jugendlichen, die nach Schulabschluß gleich in das Arbeitslosenheer eingegliedert werden, weil ihnen die Arbeit verweigert wird, sie alle sollen selbst schuld sein an ihrem Schicksal, weil sie ihrer „Pflicht zur Arbeit" nicht nachkommen! Kann man sich eine schlimmere Verhöhnung der vom Kapitalismus um ihre Arbeit gebrachten Werktätigen denken? In der Massenarbeitslosigkeit zeigt sich deutlich die ganze Verfaultheit des kapitalistischen Systems, sie läßt in vielen Werktätigen den Gedanken reifen, daß dieses System beseitigt werden muß. Dem will die Bourgeoisie mit ihrer zynischen Parole von der „Pflicht zur Arbeit" entgegenwirken, um die Arbeiter glauben zu machen, die Arbeitslosigkeit sei nur ihr persönliches Problem.

Zum anderen bereiten sie mit dieser Parole den Boden für die Zwangsverpflichtung, für den Arbeitsdienst, wie ihn die Hitler-Faschisten schon eingeführt hatten. Ansätze dazu gibt es schon — wie auch die Korrespondenz auf Seite 4 zeigt — in den sogenannten „Arbeitsbeschaffungsprogrammen". Diese Maßnahmen haben mit einer wirklichen Beschaffung von Arbeit nichts zu tun. Sie dienen dazu, den Kapitalisten billige Arbeitssklaven zu verschaffen , die übers Arbeitsamt, also aus Steuergeldern, bezahlt werden. Und sie sollen aus den Arbeitslosen eine jederzeit einsetzbare Lohndrücker- und Streikbrecher-Truppe machen.

Skrupellos nutzen die Kapitalisten das Elend der Arbeitslosen, vor allem der Jugendlichen, dazu aus, die Ausbeutung zu verschärfen. So hat der Bundesrat einen Plan angenommen, der vorsieht, daß „ausbildungshemmende Vorschriften" im Jugend-

Fortsetzung auf Seite 5



Ähnlich wie diese Arbeiter vom Sozialamt in Köln, sollen nach den neuen Bestimmungen Arbeitslose vom Arbeitsamt zwangsverpflichtet werden

Kauf von 1800 "Leopard 2"

Die Bundeswehr, eine aggressive Armee

Während sich die Herren Vance und Gromyko, die Außenminister der USA und der Sowjetunion, in Genf die Hände schüttelten und ihre Verhandlungen als „Durchbruch bei den SALT-Abrüstungsverhandlungen" feiern ließen, handelten die Imperialisten in Ost und West nach der Devise: Aufrüstung ist Trumpf. Die beiden Supermächte hatten ihre Militärhaushalte längst um mehrere Milliarden Dollar bzw. Rubel aufgestockt. Die beiden aggressiven Militärblöcke, die NATO und der Warschauer Pakt, hielten nicht nur ein Manöver nach dem anderen ab, sondern beschlossen auch den Bau von noch mehr und moderneren Waffensystemen. Mit dabei an vorderster Front sind die westdeutschen Imperialisten.

In Bonn bestätigte der Verteidigungsausschuß des Bundestages den Kauf von 1.800 Panzern des Typs „Leopard 2". Außerdem wird die Bundeswehr demnächst mit 212 Panzerabwehrhubschraubern und dem Minensuch- und -abwehrsystem „Troika" ausgerüstet. Die Bundesmarine erhält in den nächsten Jahren insgesamt zwölf mit Raketen bestückte Fregatten und Bundeskanzler Schmidt kündigte bereits ein weiteres zusätzliches Fregattenprogramm an.

Fortsetzung auf Seite 2

Lohnkampf der Chemiearbeiter

IG-Chemie-Bonzen planen Streikbruch

„Alle Räder stehen still, wenn der Arbeiter es will!" — So riefen die Kollegen von BASF bei ihrer machtvollen Demonstration am 18. Mai. Auch in anderen Betrieben der rheinland-pfälzischen Chemieindustrie war die Kampfbereitschaft groß. Bei Böhringer in Ingelsheim z. B. demonstrierten Hunderte von Kollegen durchs Werk. Die Entschlossenheit, gegen den weiteren Abbau der Reallöhne zu kämpfen, wuchs in den letzten Tagen und Wochen immer mehr. Während aber eine Losung der BASF-Kollegen lautete: „9,5 Prozent — wir bleiben konsequent!" stand auf den Urabstimmungsbögen der IG Chemie nichts mehr von 9,5 Prozent. Es wurde keine konkrete Lohnforderung mehr als Forderung des Streiks benannt. Stattdessen war auf den Abstimmungsbögen nur noch von der „Durchbrechung des Lohndiktats von 7%" die Rede. Trotzdem stimmten mehr als 80 Prozent bei der Urabstimmung für Streik.

Schon seit Wochen versuchen die Chemie-Kapitalisten die Kampfbereitschaft der Arbeiter zu brechen. Lügen, Demagogie, Einschüchterung und Drohungen sind ihre Methoden. Besonders die BASF-Bosse taten sich hier hervor. Sie haben sogar die Durchführung der Urabstimmung auf dem Werksgelände verboten. Mit einer massiven Anzeigenkampagne in den Tageszeitungen versuchten sie, in der Bevölkerung Stimmung gegen die Forderungen der Chemiewerker und gegen einen Streik zu machen. An sämtliche Belegschaftsmitglieder liessen sie Einschüchterungsbriefe verschicken. Es wurde mit dem Einsatz von Polizei gegen Streikende gedroht usw. usf.

Fortsetzung auf Seite 4

Pressefeste des Roten Morgen

Dortmund: 11. 6., 10-23 Uhr, Westfalenhalle III

Frankfurt: 11. 6., 16 Uhr, Frankfurt-Unterliederbach, Bildungs- und Kulturzentrum

Hamburg: 11. 6., 15 Uhr, Hamburg-Harburg, Friedrich-Ebert-Halle, Alter Postweg

Stuttgart: 18. 6., 11-23 Uhr, Stuttgart-Killesberg, Kongreßgebäude, Am Kochenhof, Versammlungsraum I

Westberlin: 11. 6., 15 Uhr, Berlin-Tegel-Ort, Gartenrestaurant Seegarten, Scharfenbergerstr. 26 (zu erreichen ab U-Bahnhof Tegel mit der Buslinie 20)

AUS DEM INHALT

Vetter bei der Bundeswehr 2
Schmidt-Besuch in Belgrad 3
Urabstimmung — Manöver der Gewerkschaftsbonzen 4
Streik bei SKF Stuttgart-Cannstatt ... 5
Die Basis der Probleme der Studenten bildet die Frage nach der Revolution . 6
Kein Berufsverbot gegen R. Groos! .. 7
Polizeiüberfälle in Göttingen, Münster und auf dem Jugendhof Odenthal ... 7
Enver Hoxha: Über die Vorkämpfer der albanischen Unabhängigkeit 8
Mai im Bild 9
Nahost-„Friedenspläne" der Supermächte 10
„Neue" amerikanische Afrika-Politik 10

Vetter bei der Bundeswehr

Ein Militarist, wie er im Buche steht

Vor kurzem hat in Sindelfingen die 21. Kommandeurstagung der Bundeswehr stattgefunden. Unter den geladenen Gästen und Rednern auf diesem militaristischen Forum waren nicht nur der Bonner Kriegsminister Leber, hohe Repräsentanten des aggressiven NATO-Pakts und der Chef der westdeutschen Kapitalistenverbände Schleyer, sondern auch der Vorsitzende des DGB, Heinz-Oskar Vetter. Ohne Scham machte sich Vetter zum wiederholten Male zum offenen Fürsprecher der Unterdrücker- und Aggressionsarmee der Krupp und Thyssen. Wahrhaftig ein würdiger Träger des NATO-Ordens, der ihm vor kurzem verliehen wurde: ein Militarist im Gewand des Arbeiterführers.

Schon vor einem Jahr hatte Vetter in einer programmatischen Rede vor der Führungsakademie ein öffentliches Treuebekenntnis zur Bundeswehr abgegeben und behauptet: „Heute fühlen wir uns von der Bundeswehr nicht bedroht." Und jetzt pries er erneut den „demokratischen Geist", der angeblich in der Bundeswehr herrscht und bejubelte das angebliche Ende der „Konfrontation zwischen bewaffneter Macht und Arbeiterbewegung". Noch so viele Worte Vetters können aber die Wirklichkeit nicht vertuschen.

Tatsache ist, daß die Bundeswehr jedes Jahr in Manövern die Räumung von Arbeitern besetzter Fabriken, die Zerschlagung von Arbeiterdemonstrationen und Streiks übt. Tatsache ist auch, daß die Bundeswehr in den letzten Jahren die Häuser- und Straßenkampfausbildung für alle Soldaten der Infanterie obligatorisch gemacht hat. Diese Ausbildung hat das Ziel, Aufstände der revolutionären Arbeiter gegen die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung niederzuschlagen. Tatsache ist weiter, daß Einheiten der Bundeswehr in Alarmbereitschaft versetzt wurden, als Zehntausende von Werktätigen gegen den Bau des Atomkraftwerks in Brokdorf kämpften. Und schließlich lautet der in den Notstandsgesetzen verankerte Auftrag der Bundeswehr, die Arbeiterklasse und die breiten werktätigen Massen mit allen Mitteln niederzuhalten, wenn sie sich zum revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie erheben.

Das sind nur einige wenige Beispiele, die zeigen, daß die Bundeswehr eine Schutztruppe des Kapitals ist, die stärkste Waffe der kapitalistischen Ausbeuter, um ihre Herrschaft aufrechtzuerhalten.

Vetters Appell an die Arbeiterklasse, die Bundeswehr als Freund zu betrachten, ist deshalb nichts anderes als schamloser Verrat an den grundlegenden Interessen der Arbeiterbewegung. Er ist die logische Konsequenz der Tatsache, daß der reaktionäre, arbeiterfeindliche DGB-Apparat, wie zuletzt im Maiaufruf, ausdrücklich die kapitalistische Ausbeuter- und Unterdrückerordnung anerkennt.

Aber Vetter blieb nicht bei der Vertuschung des wahren Charakters der Bundeswehr stehen. Mit seinem Angebot, eine „lebendige, belastbare Beziehung zwischen der bewaffneten Macht und der organisierten Arbeitnehmerschaft" herzustellen, damit es „uns um diesen Staat nicht bange zu sein" braucht, zeigt, daß der DGB-Apparat bereit ist, gemeinsam mit der Bundeswehr den kapitalistischen Staat zu verteidigen, Hand in Hand mit den Generälen die Kämpfe der Arbeiterklasse zu unterdrücken, wenn eine entsprechende Situation eintritt.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß Vetter in seiner Rede die aggressive Kriegspolitik der NATO und der westdeutschen Imperialisten von ganzem Herzen verteidigte und unterstützte. In der Tradition der Verräter vom Schlage eines Legien, Ebert und Scheidemann, die 1914 die deutsche Arbeiterklasse mit der Parole der „Vaterlandsverteidigung" für die Weltherrschaftspläne der Krupp und Thyssen auf die Schlachtfelder schickten, tönte Vetter: „Die Arbeiterbewegung ist nicht pazifistisch." Mit dieser Erklärung gab Vetter zu, daß der DGB-Apparat bereit ist, die westdeutschen Arbeiter für die Revanchegelüste der Monopole, für die Weltherrschaftspläne des amerikanischen Imperialismus, der die NATO kommandiert, in den Krieg zu hetzen.

Jawohl, die revolutionäre Arbeiterbewegung bekämpft den Pazifismus. Denn die Arbeiterklasse kann sich nur dadurch von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung befreien, daß sie im richtigen Augenblick zu den Waffen greift und in der sozialistischen Revolution die Herrschaft der Imperialisten samt ihren Lakaien wie Vetter und Co. zerschmettert.



Während seines ‚Informationsbesuchs' bei Bundeswehreinheiten in Schleswig-Holstein, Hamburg und Niedersachsen machte DGB-Chef Vetter auch eine Fahrt auf einem U-Boot

Kauf von 1800 "Leopard 2"

Die Bundeswehr, eine aggressive Armee

Fortsetzung von Seite 1

Wenn die Imperialisten viele Worte über die Abrüstung machen, in der Wirklichkeit aber wie wahnsinnig aufrüsten, ist das nur ein scheinbarer Widerspruch. Die Abrüstungsverhandlungen und das Gerede darüber sind Bluffs und Schwindelmanöver, um die Arbeiterklasse und die Werktätigen zu betrügen, während die Praxis die wirklichen Ambitionen der Imperialisten enthüllt: Die Imperialisten und Sozialimperialisten bereiten den Krieg vor.

Wofür rüsten die westdeutschen Imperialisten denn auf? Etwa, um den Frieden zu sichern, weil eine starke Bundeswehr unser Land vor einem Überfall der Truppen der russischen Sozialimperialisten schützt? Das behaupten die Imperialisten und ihre sozialchauvinistischen Nachbeter vom Schlage der „Gruppe Rote Fahne".

Aber die Armee der westdeutschen Imperialisten ist kein Friedensinstrument. Sie wurde geschaffen und aufgerüstet, um die revanchistischen Träume der Krupp und Thyssen Wirklichkeit werden zu lassen. Als zweitstärkste Armee des aggressiven NATO-Pakts steht sie bereit, um an der Seite der amerikanischen Imperialisten in einem neuen imperialistischen Krieg für die Weltherrschaftsambitionen Washingtons zu kämpfen. Die Bundeswehr schützt deshalb nicht den Frieden, sondern sie bedroht ihn.

Der Kauf von weiteren 1.800 Panzern des Typs „Leopard 2" verstärkt das aggressive Potential der Bundeswehr noch mehr. Die Umstrukturierung der Bundeswehr durch die Aufstellung der „Brigaden 80" und, damit im Zusammenhang, der systematische Auf- und Ausbau der Panzerarmeen ist auf den Angriffskrieg gerichtet, ist Vorbedingung der aggressiven Strategie der „Vorneverteidigung" der NATO. Heute, über dreißig Jahre nach dem Ende des zweiten Weltkrieges, rühren die deutschen Imperialisten offen die chauvinistische Propagandatrommel. Eine ganze Flut von Artikeln, Heftchen, Broschüren und Filmen, in denen die faschistischen deutschen Aggressionsarmeen verherrlicht werden, überschwemmt den Markt. Der „Leopard 2" wurde und wird als eine „Wunderwaffe" und „bester Panzer der Welt" gepriesen, als Produkt „deutscher Wertarbeit".

So sollen die Arbeiterklasse und mit ihr alle Werktätigen für die Unterstützung der revanchistischen Ambitionen der westdeutschen Imperialisten gewonnen werden, sollen sie die Überzeugung gewinnen, daß die Aufrüstungs- und Kriegspolitik Bonns angeblich im nationalen Interesse „aller Deutschen" liegt.

Um der Arbeiterklasse die wahnwitzige Aufrüstung schmackhaft zu machen, haben die Imperialisten auch die demagogische Behauptung aufgestellt, der Bau von immer neuen Panzern, Flugzeugen und Kriegsschiffen sichere die Arbeitsplätze. In Wirklichkeit ist gerade das Gegenteil der Fall. Die Aufrüstung wird aus den Steuergeldern finanziert, die die Regierung den Werktätigen abpreßt. Nur dadurch, daß die Steuerschraube immer weiter gedreht wird, daß die Sozialleistungen abgebaut werden, und das Geld den Rüstungsmonopolen in die Tasche gesteckt wird, durch die Verschlechterung der Lebenslage der breiten Massen der Werktätigen also, kann die Kriegspolitik finanziert werden. Aber gerade das vertieft die Krise noch mehr, weil sich die Kluft zwischen den beiden Polen der Gesellschaft, der Handvoll kapitalistischer Ausbeuter, die sich die von den Werktätigen geschaffenen Reichtümer aneignen und diesen, deren Lage sich immer mehr verschlechtert, noch mehr vergrößert.

Die westdeutschen Imperialisten und die Bundeswehr müssen deshalb entschieden bekämpft werden. Die Krupp und Thyssen werden, solange sie existieren, niemals friedliebend werden. Ihre Klasseninteressen erfordern die brutale Ausbeutung der Werktätigen des eigenen Landes und anderer Völker. Nichts kann sie ändern außer der proletarischen Revolution, die ihre Macht zerbricht.

Kurz berichtet

HAMBURG

Am 26. Mai führte die Gesellschaft der Freunde Albaniens (GFA) im „Alten Sängerheim" ein albanisches Fest durch, das von 130 Menschen besucht wurde. Die GFA hatte ein albanisches Essen zubereitet und begrüßte die Besucher mit einem Glas albanischen Kognaks. Die Genossen zeigten mit einer Dia-Serie Beispiele albanischer Kultur. Darüber hinaus hatten sie eine Ausstellung von Kunsthandwerk aus der Volksrepublik organisiert.

HEIDELBERG

Zu einer Veranstaltung über „Die Perspektiven der Studenten im Kapitalismus und die Rolle des KSB/ML" hatten am 26. 5. die Genossen vom KSB/ML aufgerufen. 37 Freunde und Genossen diskutierten über diese Frage. Vorher sahen sie den Film über den III. Parteitag, der lebhafte Zustimmung fand. Während der Veranstaltung wurde bekannt, daß bei der BASF 83,4% der Kollegen für Streik gestimmt hatten. Diese Meldung wurde mit großer Freude aufgenommen. Die Genossen und Freunde spendeten über 68 DM für die Propaganda der Partei bei BASF.

WESTBERLIN

Seit dem 1. April gibt es in Westberlin 756 Kontaktbereichs-Polizisten. Wegen eines angeblichen Vergleichs dieser Polizisten mit den Blockwarten im Faschismus bekam ein Genosse der Partei einen Strafbefehl über 900 Mark. Dagegen hat die Partei in Neukölln zwei Kundgebungen und eine Veranstaltung durchgeführt. Die Genossen berichten: „Bei der ersten Kundgebung reagierte die Polizei entsprechend und nahm einen Genossen vorübergehend fest. Trotzdem erzielten wir gute Erfolge. So verteilten wir ca. 1.500 Flugblätter, verkauften und verschenkten 26 „Rote Morgen", bekamen eine Adresse und sammelten auf der Veranstaltung 50,60 DM. Außerdem wurden 15 Rote-Garde-Zeitungen an Jugendliche verteilt. Man konnte feststellen, daß die Leute sehr interessiert sind, wenn sie auf dieses Thema angesprochen werden. Wir werden auch weiterhin für die Isolierung der Kontaktbereichs-Polizisten kämpfen."

ÖHNINGEN

Vom 28. bis zum 30. Mai führte die Rote Garde Baden-Württemberg auf dem Elmenhof bei Öhningen am Bodensee ihr Pfingstzeltlager durch. Bevor die Genossen in ihr Lager abfuhren, schrieben sie dem „Roten Morgen": „Schon letztes Jahr veranstalteten wir hier am Bodensee ein Pfingstzeltlager, auf dem uns Genosse Ernst Aust besuchte. Wir haben viel dabei gelernt und glauben, daß es auch für Genossen Ernst interessant war bei uns." Ihr diesjähriges Lager hat die Rote Garde nach Philip Müller benannt, dem unvergessenen Genossen der damals revolutionären FDJ, der auf einer Demonstration von der Adenauer-Polizei erschossen wurde. Auch in anderen Landesverbänden organisierte die Rote Garde Pfinstzeltlager.

Offen gesagt ...

Ein starkes Stück

Aus den Reden Helmut Schmidts wissen wir: Jeder Deutsche soll den „Rechtsstaat" verteidigen, die Gesetze und besonders das Grundgesetz achten, die Entscheidungen des Parlaments respektieren und die „freiheitlich-demokratische Grundordnung" als höchste Verkörperung der „Freiheit" und der „Menschenrechte" anerkennen. Aber was Helmut Schmidt im Bundestag und anderswo redet, ist eine Sache, was er tut, dagegen eine ganz andere.

Das Bundesverfassungsgericht hat jedenfalls entschieden, daß Helmut Schmidt 1973, als er noch Finanzminister war, das Grundgesetz mißachtet hat. Ohne das Parlament zu fragen, wie es die Verfassung vorschreibt, bewilligte er sich in einem Nachtragshaushalt zwei Milliarden DM und ließ sie als Subventionsspritze in die Taschen verschiedener Monopole fließen. Helmut Schmidt, der nach seiner Wahl skrupellos die von ihm gemachten Versprechungen eine nach der anderen gebrochen hat, dem das Bundesverfassungsgericht nicht zum erstenmal bescheinigt, es mit dem Grundgesetz nicht so genau genommen zu haben, ist offenbar entschlossen, allen die Verlogenheit und Heuchelei der bürgerlichen Politiker und der von ihnen repräsentierten Demokratie vor Augen zu führen.

Da ist eine Ehrenrettung dringend vonnöten. Nicht für Helmut Schmidt, sondern für das System, für den Parlamentarismus. Und da die CDU/CSU ein schlechter Anwalt für die Ehrenhaftigkeit des Parlamentarismus ist, lassen es sich die modernen Revisionisten der D„K"P nicht nehmen, in die Bresche zu springen. Das Parlament wurde „mißachtet", ereifern sie sich in der „UZ", es gehe darum, ihm „wieder zu seinem Recht zu verhelfen". „Das Volk selbst", so die „UZ", sei aufgerufen, „Achtung für das Parlament" zu sichern.

„Achtung für das Parlament"? Ihr habt es wirklich weit gebracht, ihr Herren Revisionisten. Ist denn das Parlament mehr als ein schon ziemlich verblichenes Aushängeschild, hinter dem sich die Diktatur der Bourgeoisie über die Werktätigen verbirgt? Ihr beruft euch auf Marx und Lenin. Lenin aber schrieb:

„Man sehe sich ein beliebiges parlamentarisch regiertes Land an...: Die eigentlichen ‚Staatsgeschäfte' werden hinter den Kulissen abgewickelt und von den Departements, Kanzleien und Stäben verrichtet. In den Parlamenten wird nur geschwatzt, speziell zu dem Zweck, das ‚niedere Volk' hinters Licht zu führen."

Und er fügt hinzu:

„Andererseits hat die ganze Geschichte der bürgerlichen Demokratie die Parlamentstribüne, besonders in den fortgeschrittenen Ländern, zum hauptsächlichsten oder zu einem hauptsächlichen Tummelplatz für unerhörte Gaunereien, finanzielle oder politische Betrügereien am Volk, für Karrierismus, Heuchelei und Unterdrückung der Werktätigen gemacht. Daher ist der glühende Haß der besten Vertreter des revolutionären Proletariats gegen die Parlamente völlig gerechtfertigt."

Achtung für den Bundestag, wo die Abgeordneten die eine Hand aufhalten und die andere in die Höhe heben, wenn es darum geht, ein gegen die Werktätigen gerichtetes Gesetz anzunehmen? Wo die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung demagogisch als höchste Errungenschaft der Menschheit gepriesen wird? Die Arbeiterklasse wird euch etwas husten! Der Bundestag und mit ihm die modernen Revisionisten, die an seiner Türschwelle sitzen, werden das Schicksal der russischen verfassunggebenden Versammlung zur Zeit Lenins teilen: Die proletarische Revolution wird sie auseinanderjagen.

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der KPD/Marxisten-Leninisten

HERAUSGEBER: ZK DER KPD/ML

Verlag G. Schneider, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb 46 Dortmund 30, Postfach 3005 26. Postscheckkonto Dortmund Nr. 236 00 – 465. Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 004 911 (Verlag G. Schneider). Telefon: 0231/43 3691 und 43 3692. Verantwortlicher Redakteur: Renate Schneider, Dortmund. Druck: Alpha Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags, mit monatlicher Jugendbeilage „Die Rote Garde". Einzelpreis: 50 Pfennig. Abonnement: 30 DM für 1 Jahr, 15 DM für 1/2 Jahr. Die jeweilige Abonnementsgebühr ist im voraus nach Erhalt der Rechnung auf eines unserer o. a. Konten zu überweisen. Das Abonnement verlängert sich jeweils um die entsprechende Laufzeit, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird. Ausgenommen sind Geschenkabonnements.

Schmidt-Besuch in Belgrad

Die Schande der Tito-Clique

Bei seinem jüngsten Besuch in Belgrad überschüttete Kanzler Schmidt die jugoslawische Tito-Clique geradezu mit Lob. Er pries die „Wahrung der Unabhängigkeit und Integrität" Jugoslawiens. Er bezeichnete die Rolle Jugoslawiens in der Gruppe der sogenannten „nicht-paktgebundenen Länder" als einen „politischen Faktor von größter Bedeutung". Er lobte die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Jugoslawien als „Beispiel für das Verhältnis zweier Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung".

So viel Lob aus dem Munde des Kanzlers des westdeutschen Imperialismus, der für seinen erbitterten Kampf gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen der Völker und Nationen, für seinen wilden Haß auf den Sozialismus bekannt ist, gereicht der Tito-Clique nicht zur Ehre, sondern offenbart vielmehr ihre schändliche Rolle im Dienst des Imperialismus.

Jugoslawien ist ein durch und durch kapitalistisches Land

Wenn Schmidt die Beziehungen zwischen dem westdeutschen Imperialismus und Jugoslawien als Beziehungen zwischen Staaten mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung bezeichnet, so ist das nichts als Demagogie. Jugoslawien ist kein sozialistisches Land, sondern ein Staat mit kapitalistischer Gesellschaftsordnung, in dem die Werktätigen ausgebeutet und unterdrückt werden.

Wie verlogen die Phrasen der Tito-Clique über den „jugoslawischen Sozialismus", über die „Arbeiterselbstverwaltung" sind, beweist allein schon die Tatsache, daß Hunderttausende von jugoslawischen Werktätigen gezwungen sind, ihre Heimat zu verlassen, um in anderen kapitalistischen Staaten unter den oft entwürdigendsten Bedingungen ihre Arbeitskraft zu verkaufen. 1971 beispielsweise arbeitete jeder fünfte jugoslawische Werktätige im Ausland, davon 500.000 in der Bundesrepublik. Trotzdem betrug die Zahl der Arbeitslosen in Jugoslawien selbst noch 350.000, von denen sehr viele noch nicht einmal irgendeine Unterstützung bekommen.

Die Parole der „Arbeiterselbstverwaltung" war für die Tito-Clique ein Mittel, um den Kapitalismus in Jugoslawien zu restaurieren und unterscheidet sich heute im Grunde genommen nicht von den Mitbestimmungsparolen, mit denen die Revisionisten und Gewerkschaftsbonzen in der kapitalistischen Bundesrepublik hausieren gehen. Sie ist nichts anderes als ein verlogenes Etikett, mit dem die Tito-Clique ihre Ausbeuterherrschaft, ihre Diktatur über die Werktätigen verschleiern will.

Jugoslawien ist ein Eldorado für ausländische Imperialisten

Ebenso wie die Tito-Clique den Sozialismus in Jugoslawien verraten und gestürzt hat, hat sie auch die Unabhängigkeit Jugoslawiens verraten und an den Imperialismus verschachert. Zunächst an die amerikanischen Imperialisten und andere westliche Imperialisten. Später, als die ehemals sozialistische Sowjetunion ihre Farbe wechselte und zu einem kapitalistischen, imperialistischen Land wurde, auch an die russischen Sozialimperialisten. Jedes Jahr strömen Millionen und Abermillionen Dollars und Rubel als versklavende Kredite ins Land; amerikanische Imperialisten und russische Imperialisten kommen über die sogenannten „gemischten Gesellschaften" nach Jugoslawien, um sich am Schweiß und an der Arbeit der jugoslawischen Werktätigen zu bereichern; die Kriegsflotten der beiden Supermächte „besuchen" abwechselnd den jugoslawischen Hafen Split usw. usf.

Zu denjenigen, die die „jugoslawische Unabhängigkeit" loben, weil sie eben nur auf dem Papier existiert, gehören auch die westdeutschen Imperialisten. Es ist bezeichnend, daß wenige Tage, bevor Schmidt in Belgrad so warme Worte für die Tito-Clique fand, in Hannover der deutsch-jugoslawische Rat für wirtschaftliche Zusammenarbeit tagte, bei dem die westdeutschen Imperialisten eine für sie sehr erfreuliche Bilanz ziehen konnten. 1976 hatte das Handelsvolumen zwischen Jugoslawien und der Bundesrepublik insgesamt 6 Milliarden Dollar betragen. Davon fielen 2 Milliarden Dollar auf den Export jugoslawischer Waren in die Bundesrepublik, 4 Milliarden Dollar auf den jugoslawischen Import westdeutscher Waren. Diese Tendenz verstärkte sich in den ersten vier Monaten dieses Jahres noch. Während nämlich der jugoslawische Export in die Bundesrepublik nur um 6,8% stieg, wuchs der westdeutsche Export nach Jugoslawien um 28,6% an. Aber die westdeutschen Imperialisten verdienen nicht nur am Handel, sondern vor allem an Krediten, an dem Aufbau westdeutscher Betriebe in Jugoslawien, an den „gemischten Gesellschaften". 185 Kooperationsverträge existieren zwischen der westdeutschen und der jugoslawischen Wirtschaft. Über 50% der jugoslawischen Anlagen- und Industrieausrüstungen und Technologien stammen inzwischen aus der Bundesrepublik.

Der jugoslawische Revisionismus ist eine Waffe der internationalen Bourgeoisie gegen die Befreiungsbewegungen und den Sozialismus

Kann man ernsthaft glauben, daß die Tito-Clique, die ihr eigenes Land an den Imperialismus verschachert, versklavenden Krediten Tür und Tor öffnet, den Flotten der beiden Supermächte ihren Hafen zur Verfügung stellt und mit zig Verträgen an die beiden Supermächte und auch andere Imperialisten gekettet ist, ehrlich die Bestrebungen anderer Völker und Nationen im Kampf gegen die beiden Supermächte, gegen den Weltimperialismus unterstützen wird? Wohl kaum.

Wenn Kanzler Schmidt davon spricht, daß Jugoslawiens Rolle in der Gruppe der sogenannten „nicht-paktgebundenen Länder" ein „politischer Faktor von großer Bedeutung" sei, dann eben deshalb, weil die jugoslawischen Revisionisten für die westlichen Imperialisten, vor allem die US-Imperialisten, eine bevorzugte Waffe im Kampf gegen die aufrichtigen antiimperialistischen Bestrebungen der fortschrittlichen Entwicklungsländer und der Befreiungsbewegungen darstellen. Mit Hilfe der jugoslawischen Revisionisten versuchen sie, diese Länder wirtschaftlich, politisch und militärisch unter ihre Kontrolle zu bringen. So beziehen sich etwa — was den westdeutschen Imperialismus angeht — zahlreiche Kooperationsverträge auf gemeinsame deutsch-jugoslawische Projekte in Ländern Afrikas, Lateinamerikas oder Asiens, wobei die „Arbeitsteilung" so aussieht, daß die westdeutschen Imperialisten das Kapital in das betreffende Land exportieren, während die jugoslawischen Revisionisten als „Wirtschaftspartner" gegenüber diesen Ländern auftreten. Völlig offenherzig schreibt dazu das „Handelsblatt": „Auch politische Gründe lassen es zweckmäßig erscheinen, gelegentlich über Jugoslawien als Wirtschaftspartner zwischen den Blöcken Kuba, Chile, Arabien oder Afrika anzubieten." (Handelsblatt, 8. 7. 73).

Aus genau dem gleichen Grund akzeptieren auch die russischen Sozialimperialisten die „Blockfreiheit" Jugoslawiens. So konnte man jetzt anläßlich des 85. Geburtstages von Tito in der „UZ" der D„K"P lesen:

„Das Prinzip der Nichtpaktgebundenheit verfolgend, baute das Land wichtige Kontakte besonders zu den Staaten Asiens, Afrikas und Lateinamerikas auf." Auch die russischen Sozialimperialisten betrachten also die jugoslawischen Revisionisten als eine Waffe, um in den Ländern Asiens, Afrikas und Lateinamerikas Einfluß zu gewinnen, sie ihrer Kontrolle zu unterwerfen und die aufrichtigen Bestrebungen nach Unabhängigkeit und Freiheit von der Unterjochung durch den Imperialismus und Sozialimperialismus zu sabotieren.

Im Bericht des Genossen Enver Hoxha an den 7. Parteitag der PAA heißt es: „Die jugoslawischen Revisionisten verfechten die Idee der ‚blockfreien Länder'. Ihnen zufolge zählen dazu die Länder, die nicht durch Militärpakte an die imperialistischen Großmächte, vor allem nicht an die NATO und den Warschauer Vertrag gebunden sind. Wenn sie auch der Form nach nicht Mitglieder dieser beiden Militärblöcke sind, sind viele dieser Länder durch eine Unmenge von Verträgen und Vereinbarungen vollständig an die Supermächte und die kapitalistischen Großmächte gebunden, so daß das Wort ‚blockfrei' sehr hohl klingt. (...) Der jugoslawische Revisionismus, der sich als ein vom sowjetischen ‚Sozialismus' ‚blockfreier Sozialismus' aufspielt, betreibt Sabotage und Wühlarbeit unter den fortschrittlichen Kräften der Entwicklungsländer. Er bemüht sich, ihre aufrichtigen sozialistischen Bestrebungen und Wünsche auf falsche Bahnen zu lenken, und führt die Anstrengungen in die Irre, die viele von ihnen unternehmen, um die kolonialen Überbleibsel zu beseitigen und freie, demokratische und unabhängige Staaten zu schaffen." (Rechenschaftsbericht, S. 179 und 231).

Dies, die abgrundtiefe Feindschaft und pausenlose konterrevolutionäre Tätigkeit gegen den Befreiungskampf der Völker und gegen den Sozialismus, die die jugoslawischen Revisionisten in der Geschichte immer wieder neu unter Beweis gestellt haben, hat ihnen die Freundschaft der Imperialisten und Sozialimperialisten eingebracht.

Sie ist aber auch der Grund dafür, daß die Marxisten-Leninisten immer einen entschlossenen Kampf gegen die revisionistische Tito-Clique und ihre Verbrechen geführt und jede Versöhnung mit ihr abgelehnt haben. Denn nur eine solche Haltung ist im Interesse der Werktätigen und der um ihre Befreiung kämpfenden Völker.

So haben auch die herzlichen Beziehungen, die zwischen den westdeutschen Imperialisten und der Tito-Clique bestehen, nichts, aber auch gar nichts mit der „Aussöhnung" und der „Freundschaft" der Werktätigen Westdeutschlands und der Werktätigen Jugoslawiens gemein, wie die Imperialisten in Bonn und Belgrad behaupten. Im Gegenteil. Sie richten sich gegen die Arbeiterklasse Jugoslawiens und Westdeutschlands und damit auch gegen die Freundschaft der Werktätigen. Im Interesse der Arbeiter beider Länder ist allein der Kampf gegen diese konterrevolutionäre Freundschaft, ist die gegenseitige Unterstützung beim Kampf für den Sturz des Kapitalismus und die Errichtung der Diktatur des Proletariats.

Auszeichnung für Arbeiterverrat

Mit unzähligen sogenannten „Initiativen" versucht die neue Bourgeoisie in der DDR die Werktätigen zu verschärfter Arbeitshetze anzutreiben. Regelmäßig gehen dabei einige „Kollegen" voran, die dann von der gesamten DDR-Presse als „Schrittmacher" angepriesen werden. Über eine dieser „Kolleginnen", die Wicklerin Erika Steinführer aus Ostberlin, berichteten wir vor kurzem im „Roten Morgen"-DDR. Wir schrieben:

„Um uns nach dem Motto ‚maßhalten und mehr arbeiten' zu trimmen, führt die neue Bourgeoisie auch ihre Lakaien aus unseren eigenen Reihen ins Feld. So gibt sich die Wicklerin Steinführer dafür her, die Ausbeutung der Kolleginnen und Kollegen voranzutreiben. Lange wird sie und ihre Familie nicht mehr in einer Zweizimmer-Altbauwohnung mit Ofenheizung sitzen. Die Herren werden sich sicherlich erkenntlich zeigen."

Inzwischen kann die Wicklerin Erika Steinführer bereits die ersten Erfolge verbuchen. Der faschistische FDGB-Apparat belohnte sie nicht nur damit, daß er sie auf die Liste der Delegierten für den FDGB-Kongreß setzte. Beim FDGB-Kongreß selbst war es Erika Steinführer, die dem Vorsitzenden des faschistischen FDGB-Apparats, Harry Tisch, im Namen der Delegierten mit einem riesigen Blumenstrauß zu seiner Wiederwahl gratulierte. Es scheint sich also zu lohnen für die Wicklerin Steinführer...

Die Kollegen in den Betrieben allerdings werden angesichts dieser beflissenen Liebedienerei vor einem der übelsten Bonzen der DDR noch entschiedener als bisher sagen: „Nein, Kollegin Steinführer, ohne uns!"

Pressefreiheit für wen?

„In der Geschichte unseres Volkes gab es keine Zeit, in der es so frei atmen konnte wie in der Deutschen Demokratischen Republik... Erstmalig steht unserem Volk auch eine wirklich freie Presse zur Verfügung, Rundfunk und Fernsehen selbstverständlich einbezogen." — So heißt es in einem Artikel in der DDR-Zeitschrift „Neue Deutsche Presse".

Wie sich die Sprüche, die die Herren in Ost und West klopfen, doch gleichen. Man braucht nur den Namen „Deutsche Demokratische Republik" durch „Bundesrepublik Deutschland zu ersetzen, und die gleichen Sätze passen nahtlos in die bekannten Lobreden auf die „freiheitlich-demokratische Ordnung", wie man sie hier von den Herren in Bonn hört — oder wie sie auch regelmäßig von Staatsanwälten gehalten werden, wenn sie in ihren Plädoyers Geld- und Gefängnisstrafen für die Redakteure des „Roten Morgen" fordern.

Denn nicht nur die Sprüche der Herren in Ost und West gleichen sich — gleich ist auch die Verlogenheit dieser angeblichen Pressefreiheit, die es in beiden Teilen Deutschlands nur für eine Presse gibt, für die Presse der Ausbeuterklasse.

Mit dem einen Unterschied, daß das faschistische Honecker-Regime von vornherein keinerlei revolutionäre Presse zuläßt und der „Rote Morgen" in der DDR völlig illegal

Verboten in der DDR . . .


ROTER MORGEN

Ausgabe DDR lesen und weitergeben!

Vor einem Jahr
KPD/ML in der DDR gegründet

. . . im Westen beschlagnahmt

verbreitet werden muß wie die „Rote Fahne" in der Zeit des Hitler-Faschismus, während die Bourgeoisie im Westen den Staatsanwalt nachher den Rotstift ansetzen läßt.

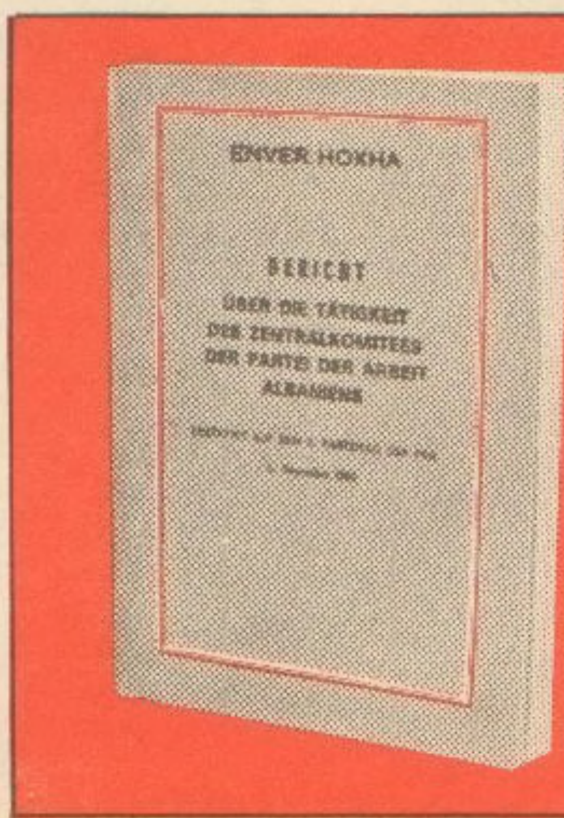
Entlassungen bei der "Reichsbahn"

Korrespondenz. Vor kurzem erfuhr ich folgende Begebenheit: Ein junger Mann hatte sich bei der „Reichsbahn" in Westberlin, die ja bekanntlich ein DDR-eigenes Unternehmen ist, um eine Lehrstelle beworben. Daraufhin mußte er die dafür notwendigen Prüfungen ablegen, die er auch bestanden hat. Es wurde ihm mündlich zugesagt, daß er aufgrund der bestandenen Prüfungen eine Lehrstelle bekommen würde.

Kurz vor Weihnachten 1976 erhielt er dann ein Schreiben der Reichsbahn mit etwa folgendem Wortlaut:

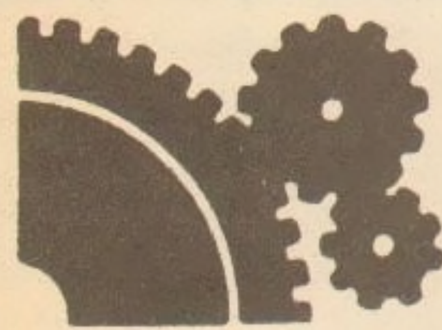
„Die zuständigen Behörden in Ostberlin haben errechnet, daß die bisherige Anzahl der Lehrstellen bei der Reichsbahn nicht mehr tragbar sind. Von daher sehen wir uns gezwungen, einen Teil der Lehrstellen zu streichen. Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, daß Sie aufgrund eines Losverfahrens für eine Bewerbung um eine Lehrstelle bei der Reichsbahn ausgeschieden sind."

An diesem Punkt wird deutlich, daß die Wirtschaft in der DDR in keinster Weise etwas zu tun hat mit sozialistischer Planwirtschaft im Dienst des Volkes, sondern daß sie genauso aufgebaut ist wie in unserem Staat auch: nach kapitalistischen Profitinteressen. Dies bedeutet dann eben auch, daß Lehrstellen und Arbeitsplätze wegrationalisiert werden, wenn dadurch der Profit steigt.



Soeben als Nachdruck erschienen:
Enver Hoxha
Bericht über die Tätigkeit des Zentralkomitees der Partei der Arbeit Albaniens
Erstattet auf dem 5. Parteitag der PAA, 1. November 1966
Verlag Naim Frashëri, Tirana.
Unveränderter Nachdruck Verlag Roter Morgen. 280 Seiten, DM 5,00. Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568. Tel.: 040 / 3 90 29 59.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT



Arbeiterkorrespondenzen

Adresse der Redaktion des ROTEN MORGEN:
46 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26

ÖTV für Lohnabbau

Liebe Genossen der Redaktion!

Mit folgender Telexmeldung gab die ÖTV kürzlich ihre Zustimmung zu einer drastischen Lohnsenkung bekannt:

„Für die nach dem 31. 3. 77 eingetretenen Praktikanten/Lernschwestern, Schüler/innen in der Krankenpflege werden die Entgelte von 75% auf 66 2/3 % der bisherigen Bemessungsgrundlage festgesetzt. Die Zustimmung der ÖTV zu dieser Regelung wurde dadurch erleichtert, daß

1. die öffentlichen Arbeitgeber sich verpflichteten, die Gesamtausgaben für diese Ausbildungsberufe nicht zu verringern und den durch die Neuregelung gewonnenen Handlungsspielraum zur Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze zu nutzen und

2. kein Zielkonflikt mit den von den ÖTV-Jugendkonferenzen verabschiedeten Beschlüssen über einheitliche Ausbildungsvergütungen besteht."

Das heißt: Herabsetzung der ohnehin nicht hohen Vergünstigungen. Demagogisch verkleistert mit „Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze".

Rot Front!

Widerstand gegen Beitragserhöhung

Liebe Genossen!

Ich möchte Euch über den Widerstand der Kollegen meiner Abteilung gegen die geplante Erhöhung der Gewerkschaftsbeiträge berichten. Ich arbeite in München in einem Mittelbetrieb (950 Beschäftigte) der Metallbranche.

Eines Tages kam der Vertrauensmann unserer Abteilung zum Schichtbeginn um 6 Uhr morgens mit einem Packen Kuverts unter dem Arm an und verteilte sie an die Gewerkschaftsmitglieder unter den Kollegen. In den Kuverts war ein Faltblatt der IGM, in dem darüber gejammert wurde, daß man die IGM finanziell stärken müsse und in dem die Kollegen aufgefordert werden, jetzt 1% vom Bruttolohn als Beitrag zu bezahlen. Beigefügt waren auch gleich Formulare, auf denen man den neuen Beitrag gleich ankreuzen sollte. Als die Kollegen das gelesen hatten, war die Wut groß. Einige zerrissen es sofort, es bildeten sich mehrere Diskussionsgruppen, bei denen man überall das gleiche hören konnte: Das sind doch selber die größten Kapitalisten, für das, daß sie nichts für uns tun, wollen sie auch noch mehr Geld, die stecken sowieso mit den Kapitalisten unter einer Decke usw. Und alle waren sich einig: Wenn sie uns bei der nächsten Abrechnung auch nur eine Mark mehr für den Gewerkschaftsbeitrag abziehen, treten wir sofort aus.

Erst nach einer Viertel- bis halben Stunde begannen die Kollegen zu arbeiten. Im Laufe des Vormittags wurden dann die Kuverts bei einem Kollegen gesammelt, die meisten davon mit der Aufschrift „abgelehnt" versehen. Ein Kollege ging dann mit dem ganzen Stapel zum V-Mann, der die Kuverts beim Betriebsrat wieder zurückgeben sollte. Als sich der V-Mann jedoch weigerte, warf der Kollege den ganzen Stapel in den Abfalleimer. Der V-Mann hatte überhaupt einen schweren Tag: Überall, wo er hinkam, wurde er blöd angeredet.

Beim Mittagstisch in der Kantine das gleiche: Die Kollegen, die an meinem Tisch saßen, waren alle empört und drohten ebenfalls mit dem Austritt. Es entwickelte sich dann gleich eine politische Diskussion über die bürgerlichen Parteien, bei der ein Kollege treffend feststellte: „Der Trog bleibt der gleiche, bloß die Säue wechseln."

Ich habe bis jetzt keinen Kollegen angetroffen, der nicht gegen die Erhöhung gewesen wäre. Bis jetzt haben es auch die IGM-Bonzen nicht gewagt, den höheren Beitrag bei der Lohnabrechnung abziehen zu lassen, was sicher ein Ergebnis des breiten Widerstandes der Kollegen ist.

Rot Front!
Ein Genosse aus München.

Billige Arbeitskräfte

Liebe Genossen!

Seit einiger Zeit arbeite ich als ABM-Angestellter in einer Westberliner Behörde. Durch das ABM-Programm (Arbeitsbeschaffungsmaßnahme) - hieß früher Notstandsprogramm und wurde von den Besatzermächten Anfang der 50er Jahre eingeführt — vermittelt das Arbeitsamt schon längere Zeit Arbeitslose an Behörden oder Betriebe (in Westberlin nur Behörden).

Natürlich ist es gut, nach längerer Arbeitslosigkeit wieder eine Stelle zu bekommen. Nur hat das Ganze einen Haken. Eine solche Stelle ist befristet auf längstens neun Monate. Man muß erst wieder eine längere Zeit arbeitslos sein, um erneut durchs ABM-Programm vermittelt zu werden. Hat man nach neun Monaten keine feste Stelle gefunden, ist man also wieder arbeitslos. Die Bezahlung ist schlecht. Vom Gehalt, das der ABM-Angestellte bekommt, zahlt der Betrieb oder das Amt, wo man arbeitet, ganze 8%. Der Rest kommt von der Bundesanstalt für Arbeit, also aus Steuergeldern. Das ist für die Kapitalisten äußerst vorteilhaft. Sie lassen sich vom Arbeitsamt ABM-Angestellte vermitteln für Drecksarbeit oder stumpfsinnige Arbeit wie Karteikarten sortieren und Akten schleppen, oder für qualifizierte Aufgaben, für die sie fest eingestellten Angestellten das Zigfache der 8% sonst zahlen müßten.

Eine Höhergruppierung des Gehaltes muß man bei seiner Dienststelle beantragen, hier in Westberlin der Senator für Arbeit und Soziales. Der Betrieb oder die Behörde, wo man arbeitet, hat damit nichts zu tun. In der Regel wird eine Genehmigung hinausgezögert und nur in wenigen Fällen bewilligt. Das Arbeitsamt ist natürlich interessiert, das Gehalt möglichst nicht zu erhöhen, um das Arbeitslosengeld nach den neun Monaten recht niedrig zu halten. Nach Ausscheiden aus der ABM-Stelle erhält man pro Monat einen geringen Zuschlag, der natürlich auch versteuert ist. Der muß auf das Arbeitslosengeld mit angerechnet werden. Nur unterschlagen die Arbeitsämter das, und man muß erst hart darum kämpfen, um den Zuschlag mit angerechnet zu bekommen.

Die Gewerkschaften ÖTV und DAG erzählen zwar schon lange, daß die Bedingungen für die ABM-Angestellten verbessert werden sollen, aber da tut sich nichts. Sie sind im Gegenteil daran interessiert, die ABM-Angestellten von den anderen Kollegen zu spalten; die ABM-Angestellten wählen eigene Vertrauensräte, die vollkommen getrennt vom jeweiligen Betriebs- oder Personalrat arbeiten. Im übrigen begründen die Kapitalisten ihr Notstandsprogramm so: Man soll das Arbeiten nicht verlernen.

Rot Front!
Ein Genosse aus Westberlin.

IG-Chemie-Bonzen planen Streikbruch

Fortsetzung von Seite 1

Nach der Urabstimmung bereiteten die Kapitalisten ganz offen und demonstrativ Gegenmaßnahmen gegen einen Streik vor. Dahinter stand die Absicht, ihre Macht zu demonstrieren und die Kollegen zu entmutigen. So ließen die BASF-Bosse ganze LKW-Züge voller Matrazen und Bettzeug ins Werk fahren um zu demonstrieren, daß sie die Produktion auf jeden Fall mit Hilfe von Streikbrechern aufrecht erhalten wollen. Leitende Angestellte bis hinunter zu den Meistern erhielten Unterweisungen, die sie befähigen sollen, bei einem Streik die Produktion weiterzufahren. Sie erhielten gleichzeitig Anweisung, Kleidung und Waschzeug in den Betrieb mitzubringen, um bei Tag und Nacht als Streikbrecher zur Verfügung zu stehen.

Aber alle die Einschüchterungsmaßnahmen und Machtdemonstrationen der Chemie-Kapitalisten steigerten nur den Haß der Arbeiter auf die Kapitalisten und ihre Kampfentschlossenheit. Empörung riefen auch die sogenannten „zentralen Richtlinien zur Streikabwehr" hervor, die der Verband der Chemie-Kapitalisten aufstellte. Streik wird in diesen „Richtlinien" als „Tatbestand einer unerlaubten Handlung" bezeichnet. Als eine Voraussetzung für die „erfolgreiche Streikabwehr" wird die Erfassung aller Belegschaftsmitglieder in Listen mit Adresse, Fahrgelegenheit, Gewerkschaftszugehörigkeit usw. gefordert. Zur Urabstimmung heißt es in den Richtlinien: „Eine Mehrzahl kleinerer Urabstimmungslokale kann sich bei Anwesenheit betrieblicher Führungskräfte als Beobachter günstig auf das Abstimmungsergebnis auswirken".

Läßt sich der Streik dennoch nicht verhindern, so kommt es — laut „Richtlinien" — darauf an, „den Zugang zum Werksgelände offenzuhalten". Sperren sollen errichtet werden; der Werkschutz soll verstärkt werden; Streikposten vor den Werkstoren sollen fotografiert und gefilmt werden zwecks Einschüchterung und „zur lückenlosen Dokumentation". Die „Unternehmensleitungen" werden in den „Richtlinien" aufgefordert, gegen die Streikenden Polizei anzufordern und auf scharfes Vorgehen zu dringen.

Die Antwort der Arbeiter auf die Einschüchterungstaktik und die Drohungen der Chemie-Kapitalisten muß es sein, einen möglichst militanten, geschlossenen Streik zu organisieren. Was die Kapitalisten trotz ihrer Streikbrecherkolonnen und ihrer Polizei fürchten, ist die entschlossene und machtvolle Kampffront der Arbeiterklasse, ist der militante Kampf, der den Rahmen der bürgerlichen Legalität sprengt.

Aber einen konsequenten Kampf zu organisieren — daran denkt der Gewerkschaftsapparat nicht einmal im Traum. Im Gegenteil! Er kommt mit seiner sogenannten „Taktik der Schwerpunktstreiks" an, die in Wahrheit nichts anderes ist als eine üble Streikbruchtaktik. Ziel dieser verräterischen Taktik ist es, die Kampfbereitschaft zu zersplitterten Einzelaktionen verpuffen zu lassen und die Kapitalisten vor der Wucht eines Vollstreiks zu schützen. Als besonderen Clou stellen es die IG-Chemie-Bonzen dabei hin, daß die einzelnen Streikaktionen den Arbeitern erst Minuten vorher bekanntgegeben werden. Angeblich deshalb, damit die Kapitalisten sich nicht darauf einstellen können. In Wahrheit geht es den Arbeiterverrätern jedoch nur darum, die Kollegen völlig über die Kampfführung im Unklaren zu lassen, sie zur passiven Ausführung der Anweisung der Streikleitung zu zwingen und Unsicherheit und Verwirrung unter ihnen zu verbreiten.

Hätten die Gewerkschaftsbonzen wirklich die Absicht, den Kapitalisten einen möglichst harten Schlag zu versetzen und sie in die Enge zu treiben — warum haben sie dann die Richtlinie festgelegt: „Keine Streikposten aufstellen"? Warum haben sie dann Anweisung erlassen, die Zugänge zu den Werken freizuhalten und „Arbeitswillige nicht zu behindern"?

In Wahrheit hat der IG-Chemie-Apparat den Verrat am Kampf der Chemiewerker längst geplant und in die Wege geleitet. So wortradikal die Losung „Das Lohndiktat von 7 Prozent brechen!" auch klingt — sie zeichnet den geplanten Lohnraubabschluß bereits vor. War schon die 9,5-Prozent-Forderung zu niedrig — fängt sie doch nicht einmal die gestiegenen Lebenshaltungskosten voll auf — so wurde auch diese Forderung vom Gewerkschaftsapparat inzwischen bereits fallengelassen. Die Bonzen haben bereits mehr oder weniger offiziell 7,5 Prozent als neue Forderung festgelegt. Heimtückisch spekulieren sie darauf, daß sich dadurch Resignation unter den Arbeitern breitmacht, daß viele denken: wegen einigen Zehntelprozent lohnt sich doch ein Streik gar nicht.

Auf der Belegschaftsversammlung bei BASF „warnte" Bezirkssekretär Schweitzer „vor falschen Hoffnungen". Schweitzer sagte: „Gesamtwirtschaftlich können wir nicht aus dem Ruder laufen." Das zeigt: Der IG-Chemie-Apparat will keineswegs das Lohndiktat brechen, das von den Vertretern des Kapitals, der Regierung und des DGB-Apparates in der Konzertierten Aktion festgelegt wurde. Er will den Kollegen in Rheinland-Pfalz einen Lohnraubabschluß aufzwingen, der nicht wesentlich über den Abschlüssen in anderen Branchen liegt. Die Chemie-Arbeiter sollen aus „wirtschaftlicher Vernunft" ihren Gürtel enger schnallen, sollen ihre Forderungen den Profitinteressen der Chemie-Kapitalisten opfern.

Wie gemeldet wird, hat der Regierungschef von Rheinland-Pfalz Bernhard Vogel inzwischen die „Tarifpartner" für den Dienstag nach Pfingsten in die Mainzer Staatskanzlei eingeladen. Es ist kaum anzunehmen, daß die IG-Chemie-Bonzen diese Einladung ablehnen werden. Ob es dann bereits am Dienstag zu einer Einigung kommen wird, die dann nach der arbeiterfeindlichen Gewerkschaftssatzung in einer zweiten Urabstimmung nur noch der Zustimmung von einem Viertel der Stimmen bedürfte, kann man jetzt noch nicht sagen. Auf jeden Fall wird es zu einem solchen Versuch des IG-Chemie-Apparats, dem Kampf der Chemie-Arbeiter in den Rücken zu fallen, früher oder später kommen.

Die Kollegen können den Kapitalisten und den Gewerkschaftsbonzen allerdings einen dicken Strich durch die Rechnung machen: indem sie eben nicht, wie die IG-Chemie-Bonzen gefordert haben, „strikt die Anweisungen der Streikleitung befolgen" und auf selbständige Aktionen verzichten, sondern indem sie auf die eigene Kraft vertrauen, ihren Kampf in die eigenen Hände nehmen und somit die Streikbruchtaktik der Bonzen sprengen.

Urabstimmung-Manöver der Gewerkschaftsbonzen

Bei BASF führte der Gewerkschaftsapparat eine Urabstimmung durch. Die Vertreter des Gewerkschaftsapparates behaupten, dadurch könnten die Arbeiter auf demokratische Weise die Kampfschritte bestimmen, die der Gewerkschaftsapparat dann organisiert. Das ist jedoch eine Lüge.

Nehmen wir doch einmal die Fragestellung auf den Abstimmungsbögen. Man konnte dabei ankreuzen, daß man bereit sei, „für die Brechung des Lohndiktats" von 7 Prozent in den Streik zu treten. Die Kollegen wollten aber für eine richtige Lohnforderung streiken, nicht für eine „Brechung des Lohndiktats", die dann so aussieht, daß vielleicht anstatt 7 Prozent 7,3 ausgehandelt werden oder noch ein paar Zehntelprozent mehr. Auf der Demonstration am 18. Mai riefen die BASF-Arbeiter: „9,5 Prozent — wir bleiben konsequent!"

Also konnten die Kollegen bei dieser Urabstimmung noch nicht einmal für eine klare Forderung abstimmen, die sie für richtig hielten. Wäre es nun aus diesem Grund richtig gewesen, aufzurufen, die Urabstimmung zu boykottieren? Nein! Wenigstens konnten die Kollegen durch die Abstimmung klarstellen, daß eine große Mehrheit, eine überwältigende Mehrheit sogar, für Streik ist. Aber die Tatsache, daß über 80 Prozent sich für den Streik ausgesprochen haben, bedeutet keineswegs, daß der IG-Chemie-Apparat dadurch gezwungen ist, wirklich einen Streik zu organisieren.

Zum einen umgeht in diesem Fall der IG-Chemie-Apparat das Votum der Mehrheit schon dadurch, daß er keinen richtigen Streik, sondern nur sogenannte Schwerpunktstreiks durchführen will, die im Grunde nur dazu dienen sollen, die Kampfbereitschaft verpuffen zu lassen. Zum anderen können die Bonzen sich jederzeit wieder mit den Vertretern der Chemie-Kapitalisten zusammensetzen und einen faulen Kompromiß beschließen. Wenn dann über diesen Kompromiß satzungsgemäß eine zweite Urabstimmung angesetzt wird, genügt nach der Satzung der Gewerkschaft ein Viertel der Stimmen, um ihn für „angenommen" zu erklären. Das zeigt allein schon, welche Farce die „Demokratie" ist, die angeblich durch die Urabstimmung gegeben ist. Es ist eine Illusion zu glauben, durch Urabstimmungen könnten die Gewerkschaftsmitglieder den Gewerkschaftsapparat zwingen, ihren Willen anzuerkennen und einen konsequenten Streik zu organisieren.

Wer legt denn überhaupt fest, wann und unter welchen Umständen es zu einer Urabstimmung kommt? Das sind doch auch nur die Bonzen des arbeiterfeindlichen Gewerkschaftsapparates. Sie tun dies nur dann, wenn sie wissen, daß die Unruhe und Kampfbereitschaft so stark ist, daß ein sogenannter „wilder" Streik auszubrechen droht. Der Gewerkschaftsapparat benutzt die Urabstimmungen als Mittel, um die Massen vom selbständigen Kampf abzuhalten. Mittels der Urabstimmung versucht er in Kampfsituationen seinen Einfluß unter den Massen aufrechtzuerhalten, den Kampf unter seiner Kontrolle zu halten, damit er die Möglichkeit hat, ihn abzuwürgen und „Schlimmeres zu verhüten".

SKF Stuttgart-Cannstatt

Unbefristeter Streik gegen Massenentlassungen

Freitag, 27. Mai. Um 23 Uhr, am Ende der Spätschicht, stehen die Arbeiter des Werkes Stuttgart-Cannstatt des schwedischen Kugellagerkonzerns SKF noch immer geschlossen im Streik. Sie sind fest entschlossen, ihren Streik am Dienstag nach Pfingsten fortzusetzen.

Am letzten Mittwoch auf einer Betriebsversammlung hatte SKF-Boß Sahlin verkündet: Noch in diesem Jahr wird die gesamte Rollenfertigung mit insgesamt 400 Arbeitsplätzen ins Hauptwerk nach Schweinfurt verlegt. Das war der offene Bruch einer Zusage des Konzerns, es würde bis 1979 keine Verlagerungen aus Cannstatt geben. Aber nicht nur die Rollenfertigung, auch andere Produktionsteile sollen später verlagert oder stillgelegt werden. Die Kollegen merkten: Über kurz oder lang steuern die SKF-Kapitalisten die Stillegung des ganzen Cannstatter Werkes an.

Es wurde die kämpferischste Betriebsversammlung, die das Werk je erlebt hatte. Die Kollegen sagten: Es ist besser, heute zu kämpfen, auch wenn sie mit Entlassungen drohen, als jahrelang arbeitslos zu sein. Ihre Antwort auf die Angriffe der Kapitalisten: unbefristeter Streik!

Die Kollegen von SKF hatten sich schon während der ganzen letzten Jahre gegen eine zunehmende Verschärfung der Ausbeutung durch erhöhte Taktzeiten, Ausweitung der Mehrmaschinenbedienung usw. wehren müssen. Dazu kamen lange Kurzarbeit-Perioden und Massenentlassungen. Allein im Cannstatter Werk hatten die Kapitalisten die Belegschaft in vier Jahren von 4.000 auf 2.900 abgebaut. Aber die Kollegen waren nicht bereit, gegenüber diesen Angriffen stillzuhalten. Im Oktober 76 erzwangen 2.000 Arbeiter im Schweinfurter Werk durch einen Streikkampf die Rücknahme von geplanten Entlassungen.

Die SKF-Kapitalisten versuchten, die Kampffront durch Spaltungsmanöver zu brechen. Sie bedienten sich dabei des reaktionären Betriebsrats im Cannstatter Werk, der gegen die Schweinfurter Kollegen hetzte, und ihnen vorwarf, sie wären mit ihrem Streik den Cannstattern in den Rücken gefallen. Gleichzeitig bereiteten die Kapitalisten heimlich die Schließung des Cannstatter Werks vor. Es war wieder der Betriebsrat, der die Kollegen schon darauf vorbereiten sollte, indem er solche Sachen verbreitete wie: „Wenn die Geschäftsleitung nicht rationalisiert, ist es die Pflicht des Betriebsrats, Rationalisierungen zu fordern, um die Konkurrenzfähigkeit zu erhalten." Außerdem ließ er sich, um die Kollegen zu täuschen, eine Erklärung der Geschäftsleitung geben, daß es bis 1979 keine Verlagerung aus Cannstatt geben würde.

Die Partei gab damals ihr erstes Flugblatt für die SKF-Kollegen heraus, in dem die Verlagerungspläne enthüllt wurden, die verräterische Rolle des Betriebsrats angeprangert und die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, den Kampf in die eigenen Hände zu nehmen.

Erst nachdem die Verlagerungspläne an die Öffentlichkeit gebracht worden waren, wurde eine außerordentliche Betriebsversammlung angesetzt. Inzwischen war in der Belegschaft die Bereitschaft zum Kampf gewachsen. In den Abteilungen wurde darüber gesprochen, daß man nach der Versammlung die Arbeit erst gar nicht wieder aufnehmen sollte. Am Abend und am Morgen vor der Betriebsversammlung verteilte die Partei ein Flugblatt, in dem die Notwendigkeit aufgezeigt wurde, jetzt — gestützt auf die eigene Kraft — den Verlagerungsplänen mit einem Streik entgegenzutreten. Dieses Flugblatt fand großes Interesse. Insbesondere unter den griechischen Kollegen, die 50% der Belegschaft ausmachen, stärkte es die Entschlossenheit zum Kampf (es war zweisprachig abgefaßt).

Als die Betriebsversammlung am Mittwoch beendet war, blieben etwa 200 Kollegen vor dem Versammlungsraum stehen. In Sprechchören wurden die Kollegen zusammengerufen. Dann setzte sich der Zug in Bewegung, in die Abteilungen. Überall wurden die Arbeiter aufgefordert, mitzukommen. Binnen weniger Minuten versammelten sich 90% der Arbeiter vor dem Verwaltungsgebäude und forderten in Sprechchören: „Die Rollenfertigung bleibt hier!" Ronacker, der Werksdirektor, wurde ausgebuht, als er zur Wiederaufnahme der Arbeit aufrief.

Dann kommt die Spätschicht. Die Kollegen werden informiert, sie gehen gar nicht erst an die Maschinen. Überall bilden sich Gruppen, in denen diskutiert wird. Übereinstimmend herrscht die Meinung: Es wird nicht eher wieder gearbeitet, bevor nicht klar ist, daß die Rollenfertigung in Cannstatt bleibt. Transparente werden aufgezogen: „Keine Verlagerung in der GmbH oder ins Ausland!"

Auch am Donnerstag steht die Streikfront. Ein Demonstrationszug zieht durch das Arbeiterviertel von Hallschlag zum Zentrum von Cannstatt an benachbarten Großbetrieben vorbei. Auch am Freitag wird weitergestreikt. Die Zahl der Arbeiter, die noch an den Maschinen stehen, wird immer kleiner. Am Freitag ist es gerade noch ein Dutzend. Immer mehr Angestellte reihen sich in die Streikfront ein. Die Stimmung unter den Kollegen ist gut. Nach wie vor herrscht eine große Kampfentschlossenheit. In Gesprächen wird deutlich, daß es nicht mehr nur um die Verlagerung einer Abteilung geht, sondern darum, für die Zukunft weiteren Angriffen einen Riegel vorzuschieben.

Unter diesen Bedingungen hat die Ortsverwaltung der IG Metall hektische Aktivitäten entfaltet, um den Streik in die Hand zu bekommen. Mit scheinradikalen Sprüchen wollen sie sich an die Spitze stellen. Ihre wirklichen Absichten aber werden den Kollegen immer deutlicher. So ist die Forderung nach Bildung einer Streikleitung von der Ortsverwaltung abgelehnt worden. Die IGM-Bonzen führen keine Streikversammlungen durch. Als am Freitag die Forderung nach einer erneuten Demonstration auftauchte, wurde sie von der Ortsverwaltung mit einem „Geht nicht!" abgetan. Vor allem aber ist es so, daß Ortsverwaltung und Betriebsrat die Verhandlungen mit den SKF-Kapitalisten an sich gerissen haben. Kein Kollege weiß, was da überhaupt vor sich geht, worüber genau verhandelt wird. Sogar den Verhandlungsort haben sie geheimgehalten, aus Angst vor den SKF-Arbeitern. Den ganzen Freitag über haben die Kollegen gewartet, bis ihnen gegen 23 Uhr die Bonzen kommentarlos mitteilten, die Verhandlungen seien abgebrochen.

Die Arbeiter und Angestellten von SKF sind es, die den Kampf führen. Die Tatsache, daß die Bonzen sie wie eine dumme Schafherde behandeln, daß sie über ihre Köpfe hinweg mit den Kapitalisten mauscheln, hat die Kollegen empört. Ihre Unzufriedenheit mit dem reaktionären Gewerkschaftsapparat wächst. In dieser Situation ist es die Partei, die weiter fest an der Seite der kämpfenden SKF-Kollegen steht.

Für die Cannstatter Arbeiter geht es jetzt in ihrem Kampf darum, daß sie an ihrer Entschlossenheit festhalten, den Streik nicht eher zu beenden, bis die Forderung erfüllt ist: Keine Verlagerung der Rollenfertigung! Mit allen Mitteln werden die Vertreter des reaktionären IGM-Apparats, die Ortsverwaltung und der Betriebsrat jetzt versuchen, den Kampf für diese Forderung zu sabotieren. Diesen Bonzen darf man nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen!

Ihre Forderungen — das haben die betrieblichen Kämpfe der letzten Zeit immer wieder gezeigt — können die Arbeiter nur dann durchsetzen, wenn sie sich im Kampf zusammenschließen gegen die Kapitalisten und gegen den reaktionären Gewerkschaftsapparat.



Filip Kota

Zwei entgegengesetzte Linien in der Weltgewerkschaftsbewegung

Der Verfasser ist Mitglied des Zentralrates des Gewerkschaftsverbandes Albaniens. Er widmet in seinem Buch der Frage nach dem Verhältnis der wirtschaftlichen Kämpfe zum politischen Kampf des Proletariats für die sozialistische Revolution breiten Raum. Eng hängt damit die Frage nach dem Verhältnis zwischen den gewerkschaftlichen Organisationen und der kommunistischen Partei als höchster Klassenorganisation des Proletariats zusammen.
182 Seiten, DM 5,80
Bestellungen an: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 50 05 68.

Angriffe auf die Lage der Arbeitslosen

Fortsetzung von Seite 1

arbeitsschutzgesetz abgebaut werden sollen. Das sieht dann so aus: Verlängerung der erlaubten Schichtzeit von 11 auf 12 1/2 Stunden für Jugendliche in der Gastronomie; Arbeitsbeginn für Jugendliche in Krankenhäusern ab 6 Uhr statt ab 7 Uhr; Arbeitsbeginn in Bäckereien für Jugendliche unter 16 Jahren ab 6 Uhr (statt bisher 7 Uhr), für Jugendliche über 16 Jahren ab 4 Uhr (statt bisher 6 Uhr); Anhebung der Freistellungsgrenze an Berufsschultagen von 5 auf 6 Stunden.

Bestimmungen, die den Raubbau mit der Gesundheit Jugendlicher durch die Kapitalisten einschränken, sind also „ausbildungshemmend", denn sie schränken den Profit ein, der aus den jugendlichen Kollegen herausgepreßt werden kann.

Aus Profitgier vernichten die Kapitalisten massenhaft Arbeits- und Ausbildungsplätze. Aus Profitgier, mit Hilfe ihres Staates, nutzen sie das Heer der Arbeitslosen aus, um die Ausbeutung zu verschärfen. Es ist notwendig, dagegen die geschlossene Kampffront aller Kollegen, der arbeitslosen und der arbeitenden, der älteren und der jugendlichen, der ausländischen und der deutschen zu schmieden. Zugleich ist es notwendig, dieses kapitalistische Ausbeutersystem zu bekämpfen mit dem Ziel, es durch die sozialistische Revolution zu zerschlagen. Nur so können die Ursachen der Arbeitslosigkeit beseitigt, kann mit dem Elend von Hunderttausenden von Arbeiterfamilien Schluß gemacht werden.

Aus unseren Betriebs- und Stadtteilzeitungen

Rationalisierung im Erdinger Kreiskrankenhaus!

Vor einigen Wochen besuchte eine Studiengruppe der Universität Dortmund das Erdinger Kreiskrankenhaus, um Untersuchungen zur „Optimierung der Betriebsabläufe" anzustellen. Interessiert inspizierten sie sämtliche Abteilungen und Stationen, stellten den Kollegen tausend Fragen und machten unzählige Notizen, um sie mittels eines Computers mit denen von anderen Krankenhäusern zu vergleichen. Was hinter diesem Forschungsdrang steckt, ist, die Rationalisierung weiter voranzutreiben, zu suchen, wo eine Planstelle eingespart werden kann, wo eine Arbeit schneller gemacht werden kann, wo eine Arbeit ganz gestrichen werden kann, was auf Kosten der Patienten geht.

RUNDBRIEF DER ROTEN GARDE FÜR DIE KOLLEGEN DES KRANKENHAUS ERDING



Aber bereits bevor die Stopper kamen, steigerte die Krankenhausleitung die Antreiberei. Keine Verschnaufpausen zwischendurch, Steigerung des Arbeitstempos, immer mehr Aufgaben für die Kollegen in der selben Zeit. Ein krasses Beispiel ist die Nachtwache. Sie bekommt so viele Arbeiten zugeteilt, daß sie die elf Stunden praktisch in einem durch arbeiten muß. Unverständlich ist es für Patienten, die gewaschen werden müssen, daß sie dazu in aller Frühe, ab halb vier, geweckt werden. Dies ist für Pflegepersonal und für die Patienten eine starke Belastung, die nur davon herrührt, daß zusätzliches Pflegepersonal, um die Patienten zu humanen Zeiten zu waschen, gespart wird. Wir fordern:

Die Nachtwache muß von dieser Aufgabe befreit werden! Zusätzliches Pflegepersonal, um gute Versorgung der Patienten zu gewährleisten!

Keine Steigerung des Arbeitstempos!

Vor kurzem schrieb der ärztliche Leiter Dr. Bickhardt, daß zur Kompensierung der Stellenstreichungen von allen **großes Entgegenkommen und enormer Einsatz** erwartet wird. Wenn sogar der ärztliche Leiter die Folgen der Rationalisierung so beschreibt (und mit „enorm" hat er bestimmt nicht übertrieben) dann stellt sich für uns die Frage, woher nimmt der Krankenhausausschuß und die Krankenhausleitung das Recht, von uns zu verlangen, wir sollen für das gleiche Geld mehr arbeiten und dadurch ihnen ermöglichen, Kollegen von uns zu entlassen und Neueinstellungen zu verhindern. (So haben die Krankenpflegehelfer(-innen)-Schüler kaum Aussicht auf Übernahme nach dem Ausbildungsabschluß; und das, nachdem sie fast ein Jahr für 300 DM monatlich arbeiten mußten.)

So gibt es die „Nothilfe" nur noch bis 16 Uhr; dann muß die OP-Bereitschaft diese Aufgabe übernehmen (oder auch schon früher). Zwei Schwestern haben bereits gekündigt, weil sie das nicht mehr mitmachen wollten.

Wir fordern:
Keine Streichung der Nothilfe-Bereitschaft!
Keine Stellenstreichungen!

Meist gehen den Stellenstreichungen die Nichtbesetzung freigewordener voraus. Von den Kollegen werden dann ständig Überstunden verlangt. Die 40-Stunden-Woche, für die die Arbeiterbewegung jahrzehntelang gekämpft hat, wird so wieder beseitigt.

Schluß mit den endlosen Überstunden!
Sofortige Besetzung aller Planstellen!

Wenn die Rationalisierung hauptsächlich durch Stellenstreichungen forciert wird, so muß trotzdem mit Entlassungen gerechnet werden. Kolleginnen, die aus gesundheitlichen und familiären Gründen um eine Abänderung des Arbeitsverhältnisses ersuchten, wurden entlassen.

Deshalb die Forderung:
Keine Entlassungen!

Begründet werden diese Sparmaßnahmen mit dem Defizit der Krankenhausbilanz. Auf gut deutsch: Die medizinische Versorgung kommt ihnen zu teuer. Der werktätige Mensch soll möglichst billig so weit hergestellt werden, daß er wieder arbeiten kann. (Die normalen Patienten sind ja Arbeiter, kleine Angestellte oder Bauern. Finanzkräftige Patienten erhalten ja eine besondere Behandlung und genießen Privilegien, wie Landrat Simon Weinhuber, der ein Zimmer allein für sich beanspruchte, während andere Patienten im Gang lagen. Oder sie suchen Privatkliniken auf.) Die schönen Worte vom Wert des menschlichen Lebens sind in einer kapitalistischen Gesellschaft nur hohle Phrasen.

Aber abgesehen davon, daß wir den Wert des Menschen nicht nach Bilanzen beurteilen, wollen wir doch mal etwas betrachten, was es mit den „roten Zahlen" auf sich hat. Die Krankenhausleitung (und der Krankenhausausschuß des Kreistags) macht für das Defizit die Personalkosten verantwortlich. Aber nicht etwa die Gehälter einiger Spitzenverdiener, wie Oberverwalter Sturm. Sie sieht auch im Papierkrieg, in der bürokratischen Schwerfälligkeit keinerlei Ursache für das Defizit.

Und auch darin nicht, daß dem Krankenhaus durch die private Nutzung seiner Einrichtungen durch manche Ärzte Unsummen verloren gehen, die jährlich in die Hunderttausende gehen.

Wer aber in erster Linie am Krankenhausbetrieb profitiert, das sind die Pharmakonzerne, die Konzerne der medizinischen Technik, wie Siemens und Phillips, die durch ihre jeweilige Monopolstellung die Preise nach Belieben überhöhen können.

Wir finden es eine Unverschämtheit, den Kollegen die Schuld an den „roten Zahlen" anzulasten, während das Monopolkapital Riesengewinne aus dem Geschäft mit der Krankheit zieht. Allerdings ist das völlig normal und logisch in einer Gesellschaft, die auf der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beruht.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

treten wir jeder offenen und verdeckten Rationalisierungsmaßnahme vereint entgegen! Wehren wir uns gegen die Verschlechterung unserer Lebensbedingungen und gegen die Verschlechterung der medizinischen Versorgung unserer Klassenbrüder.

Meldungen aus den Betrieben

WARNSTREIK BEI NSI

Bei der Norddeutschen Schleifmittel-Industrie (NSI) in Hamburg traten letzte Woche die Kollegen in einen einstündigen Warnstreik. Auf einer Vertrauensleute-Sitzung war über die laufende Chemie-Tarifrunde diskutiert worden. Die Lage: Die Verhandlungen sind gescheitert und die Kapitalisten weigern sich, ein Angebot zu machen. Zwei Kollegen schlugen vor, Aktionen durchzuführen, um die Kampfbereitschaft der Arbeiter zum Ausdruck zu bringen. Dieser Vorschlag wurde aufgegriffen. Kollegen rückten dem Betriebsrat auf die Bude und forderten ihn auf, die Aktionen zu unterstützen. Der Betriebsrat stimmte schließlich auch zu. Aber ein Kollege übernahm es lieber selber, die Kollegen zu mobilisieren.

Ein Termin wurde durchgegeben und um 12 Uhr versammelten sich 120 Arbeiter (von 600) auf dem Rasen vor dem Werksgelände. Die Produktion kam während des einstündigen Streiks fast völlig zum Erliegen. Die Kampfstimmung unter den Kollegen war sehr gut. In diesen Tagen war der bevorstehende Streik in Rheinland-Pfalz das Hauptgesprächsthema der Kollegen. Der „Rote Morgen", der darüber berichtete, wurde an neun Kollegen verkauft.

Die streikenden Kollegen schickten eine Delegation zur Geschäftsleitung, protestierten gegen das unverschämte Verhalten der Chemie-Kapitalisten und forderten mehr Lohn. Die Geschäftsleitung zeterte über den „wilden Streik" und kündigte Konsequenzen an: Die Arbeiter von NSI jedoch ließen sich dadurch nicht entmutigen.

Vor 10 Jahren

Benno Ohnesorg von der Polizei erschossen!

Für die Geschichte der Studentenbewegung setzte der 2. Juni 1967 ein deutliches Zeichen. An diesem Tag wurde der Student Benno Ohnesorg bei einer Anti-Schah-Demonstration in Westberlin von dem Polizisten Kurras erschossen. Seit die Polizei 15 Jahre vorher den Kommunisten Philip Müller auf einer antimilitaristischen Demonstration in Essen erschossen hatte, war dies der erste Polizeimord an einem Demonstranten. Er löste breite Empörung unter den Studenten aus und erschütterte viele Illusionen, die sie in die „freiheitlich-demokratische Ordnung" der Bundesrepublik hatten. Viele, die sich schon vorher im antiimperialistischen Kampf engagiert hatten, erkannten klarer als je zuvor, daß nicht nur der amerikanische Imperialismus oder die offen faschistischen Regime wie in Griechenland oder Spanien reaktionär und aggressiv sind, sondern daß der westdeutsche Imperialismus mit derselben faschistischen Gewalt zuschlägt, wenn es darum geht, den Widerstand gegen seine imperialistische Politik niederzuschlagen.

Die Ereignisse des 2. Juni

Mit unglaublichem Terror gegen jeden Schah-Gegner hatte der Bonner Staat den Schah-Besuch 1967 vorbereitet. Tausende persischer Studenten wurden überprüft, zig Schah-Gegner wurden in Vorbeugehaft genommen. Es wurde Sicherheitsstufe 1 ausgegeben. Am 26. 5. kam dann der Schah mit einer Schutztruppe von über tausend SAVAK-Agenten an, die sich ungehindert als Provokateure gegenüber den Schah-Gegnern betätigen konnten. Aber all diese Maßnahmen konnten nicht verhindern, daß der Besuch des Henkers vom Iran von Anfang an von Protestkundgebungen begleitet war. Am 2. Juni morgens kam der Schah in Westberlin an und fuhr in einem Autokorso durch die Stadt. Tausende von Demonstranten säumten die Straßen. Als die Rufe „Nieder mit dem Schah" ertönten, stürzten sich die SAVAK-Agenten — unbehelligt von der deutschen Polizei — von jenseits der Absperrungen mit Stahlruten, Totschlägern und Holzlatten auf die Demonstranten. Abends besuchte der Schah die Oper, wo Tausende Demonstranten ihre Empörung ausdrückten. Nachdem der Schah in der Oper verschwunden war, gaben die Demonstranten die Losung aus, sich aufzulösen und um 22 Uhr wiederzutreffen. Aber der Plan der Polizei hieß anders. Mit „Knüppel frei" und Reiterstaffeln stürzten sie sich plötzlich auf die Demonstranten, schlugen auf Sitzende und Ohnmächtige ein, trieben die Demonstranten in eine Sackgasse, um sie einzeln völlig zusammenzuschlagen. Es war offensichtlich, der Notstand wurde geprobt. Die Blamage dieses Staatsbesuchs sollte wettgemacht werden, der westdeutsche Imperialismus wollte seinen Feinden und seinem Freund Schah seine Stärke unter Beweis stellen.

Und die bestand in nackter faschistischer Gewalt. Der Augenzeugenbericht der Soziologiestudentin Erika Hörning vor Gericht gibt davon einen anschaulichen Eindruck:

„Ich sah, wie Benno Ohnesorg vor den ihn verfolgenden Polizisten flüchten wollte. Doch ein Beamter holte ihn ein. Er schlug ihn von hinten mit einem Gummiknüppel auf den Kopf. Der Student schien zu taumeln. Dann kamen weitere Beamte hinzu. Es waren zwei oder drei, die sofort auf ihn einknüppelten. Plötzlich ein peitschender Knall. Ich dachte zuerst an einen Feuerwerkskörper. Ohnesorg sank langsam in sich zusammen, wie eine Spirale."

Doch selbst den Sterbenden schonten sie nicht. Wahllos, voll tierischem Haß hieben sie auf ihn ein und ließen erst ab, als Erika Hörning schrie: „Schlagen Sie doch nicht mehr!" (Aus „Roter Morgen", Dezember 67, 1. Jahrgang.)

Die Studenten begehren auf

Aber die Polizei schlug weiter zu, nicht nur an jenem 2. Juni. Der bürgerliche Staat wußte sich nicht anders zu helfen angesichts der stürmisch anwachsenden Jugend- und Studentenbewegung. Völlig überraschend für die Bourgeoisie war der Kampf an dieser Nebenfront des Klassenkampfes ausgebrochen: bei der Jugend, vor allem den Studenten, die empört und unzufrieden über die krassen Ungerechtigkeiten, über die Verrottetheit und Brutalität des Kapitalismus aufbegehrten. Da waren die Greuel des US-Imperialismus in Vietnam und ihre Unterstützung durch die westdeutschen Imperialisten. Da war das reaktionäre Schul- und Hochschulwesen, das der Jugend nur Fesseln anlegte. Da war die offene Zusammenarbeit des Bonner Staates mit den faschistischen Regimes auf der ganzen Welt, seine Unterstützung des wildesten Kolonialismus in Afrika. Da war die reaktionäre bürgerliche Presse, allen voran die Springerpresse, die im Stürmerstil zur Hatz gegen die kämpfenden Studenten blies. Da war die zunehmende politische Unterdrückung mittels brutaler Polizeieinsätze, mittels der bürgerlichen Klassenjustiz, die Hunderte Jugendliche vor ihre Schranken zerrte und ins Gefängnis warf, während Kurras freigesprochen wurde. Und schließlich wurden die Notstandsgesetze verabschiedet, mit denen sich die Bourgeoisie selbst „legitimierte", jederzeit die offen faschistische Diktatur über die Arbeiterklasse und das ganze Volk zu errichten.



Studentendemonstration im Jahre 1968

All das rief Empörung und Haß hervor. Ähnliche schulische, wirtschaftliche, politische und ideologische Gründe trieben die Jugend und die Studenten in allen westlichen kapitalistischen Ländern auf die Barrikaden. All ihre Kämpfe richteten sich gegen die reaktionäre kapitalistische Staatsgewalt ihrer Länder, und sie begeisterten sich an revolutionären Ideen und Handlungen, allen voran an der Großen Proletarischen Kulturrevolution und an dem heldenhaften bewaffneten Volkskrieg des vietnamesischen Volkes. Die Jahre 68/69 bildeten den Höhepunkt dieser Bewegung. Die Springerkonzerne wurden gestürmt, Amerika-Häuser besetzt und zerstört, Vorlesungen gesprengt, militante Demonstrationen gegen die NS-Gesetze und viele andere revolutionäre Aktionen durchgeführt. Im Mai 68 löste die Studentenbewegung in Frankreich die größten Arbeiterstreiks seit Kriegsende aus, die die französische Regierung bis in ihre Grundfesten erschütterten. Die Studenten griffen überall die Polizei handgreiflich an, wurden verwundet, getötet und verwundeten und töteten Polizisten. In all den Kämpfen zeigte sich, welch mutige, tapfere und kämpferische Kraft die Jugend ist.

Die westdeutsche Bourgeoisie war schwer geschockt. Im Herbst 69 kamen dazu die ersten großen Streiks der Arbeiterklasse, die sich nicht nur gegen das Kapital, sondern auch gegen die ihm hörige Gewerkschaftsführung richteten. Nichts fürchtete die Bourgeoisie mehr, als daß sich die Kämpfe der lernenden und studierenden Jugend mit denen der Arbeiterklasse verbinden könnten. Viele fortschrittliche Studenten suchten spontan die Verbindung zur Arbeiterklasse und auf der anderen Seite die revolutionären Arbeiter, allen voran die marxistisch-leninistischen Gruppen, und nach ihrer Gründung (Silvester 68/69) die Partei, nahmen aktiv an diesen Kämpfen teil und konnten revolutionäre Studenten für den Marxismus-Leninismus, für die Partei gewinnen. Aber insgesamt war die eben gegründete Partei noch nicht in der Lage, diesen Kämpfen Ziel und Richtung zu verleihen.

Die Methoden der Bourgeoisie

Um so größere Verwirrung konnten die revisionistischen Handlanger der Bourgeoisie, die D„K"P und ihr studentischer Spartakusbund in die Reihen der Studentenbewegung tragen. Sie wiegelten ab, sie spalteten und setzten alles in Bewegung, um die Kämpfe in reformistische Bahnen zu lenken. Ihre Ideologie der Klassenversöhnung bereitete auch für alle anderen arbeiterfeindlichen pseudorevolutionären Ideologien den Boden, die in der Studentenbewegung Fuß fassen konnten. Was waren denn die Theorien von Marcuse und Habermas anderes als ein „brillianter" Aufguß der revisionistischen Theorie von der Rückständigkeit der Arbeiterklasse und der besonderen Rolle der Intelligenz in der Revolution. All diese Ideologien behinderten bzw. versperrten den fortschrittlichen Studenten den Ausweg, den Weg zur Arbeiterklasse und zur proletarischen Revolution. So suchten viele „ihren eigenen Weg" zur Befreiung, im Antiautoritarismus, in Selbstbefreiungsideologien oder in putschistischem und anarchistischem Abenteurertum. Andere wiederum resignierten, oder kehrten ins bürgerliche Leben zurück, an die Fleischtöpfe der Bourgeoisie.

Schließlich hatte die Bourgeoisie ihr Ziel, die Unterdrückung der Studentenbewegung, erreicht, einerseits mit Hilfe ihrer reaktionären Gewalt, andererseits mit Hilfe ihrer Agenten in dieser Bewegung. Der kleinbürgerliche Charakter der Studentenbewegung, ihre mangelnde Beharrlichkeit und mangelndes Durchhaltevermögen, ihre besondere Anfälligkeit gegenüber allen möglichen reformistischen und kleinbürgerlich-revolutionären Theorien erleichterten ihr das sehr.

Hier ist ein Feuer entzündet worden...

Die „Ruhe" jedoch, die sich die Bourgeoisie verschafft hatte, war insgesamt trügerisch und auch an dieser Front vorübergehend. Was ihr seither vor allem zu schaffen macht, ist das Wachstum der Arbeiterbewegung, ihre Streiks, ihre Demonstrationen, ihr zunehmendes Mißtrauen in den DGB-Apparat, in den Staat, ins Parlament usw. und die fortschreitende Verankerung der KPD/ML im Industrieproletariat. Aber auch in Bezug auf die Studentenbewegung war der Funke nicht ausgetreten. Heute bewahrheitet sich, was Enver Hoxha in seiner Rede zur revolutionären Jugend am 29. Juni 1968 sagte:

„Hier ist ein Feuer entzündet worden, das zu löschen schwierig sein dürfte. Es kann vielleicht zeitweilig unterdrückt werden, aber es wird wieder aufflammen, weil die Sache, die es anfacht, politisch ist. Es geht um den Widerstand der Jugend, vor allem der Studenten, gegen die kapitalistische Staatsmacht, die sie unterdrückt, ausbeutet und ihr alle Zukunftsaussichten verschlossen hat. Das sind die Hauptgründe der Revolte, hier liegt die Quelle aller anderen Gründe und Ursachen. Der Kapitalismus bietet der Jugend keine Perspektive."

Heute ist diese Perspektivlosigkeit für die Jugend noch viel offensichtlicher. Für die Arbeiter- und werktätige Jugend gibt es in breitem Ausmaß keine Arbeit, keine Bildung und Ausbildung, geschweige denn freie Berufswahl. Und die studentische Jugend spürt, daß sie mit aller Gewalt, mit Disziplinierung und politischer Unterdrückung dem Kapital untertan gemacht werden soll. Die neu anschwellende Studentenbewegung beweist das Grundgesetz, daß der Druck der Bourgeoisie nicht die erwünschte Ruhe bringt, sondern Gegendruck erzeugt, daß die reaktionäre Gewalt des bürgerlichen Staates die revolutionäre Gewalt des Volkes hervorruft.

Die siegreichen Ideen des Marxismus-Leninismus werden die Herzen der Studenten erobern

Heute sind die Bedingungen besser als vor zehn Jahren, um die fortschrittlichen Studenten für den Kampf an der Seite der Arbeiterklasse für die sozialistische Revolution zu gewinnen. Nicht nur, daß sich die Widersprüche zum kapitalistischen System vertieft haben, es ist vor allem die vorangeschrittene Arbeiterbewegung und ihre marxistisch-leninistische Partei, die den Kämpfen der Studenten eine Orientierung geben kann. Es ist kein Zufall, daß angefangen von den modernen Revisionisten bis zu GRF, KBW und den Trotzkisten sich alle als Parteien der Arbeiterklasse aufspielen und an den Hochschulen vorgeben, das revolutionäre Bündnis zwischen Arbeitern und Studenten herzustellen. In Wirklichkeit versuchen sie alle, es zu sabotieren, indem sie die Notwendigkeit des Sturzes der westdeutschen Bourgeoisie durch die Arbeiterklasse leugnen: wie der KBW mit seinem „nur-demokratischen" Kampf, die GRF mit ihrem „antihegemonistischen" Kampf oder die modernen Revisionisten mit ihrer „antimonopolistischen Demokratie" oder z. B. ihrem arbeiterfeindlichen Pakt mit dem DGB-Apparat, den sie als Bündnis mit der Arbeiterklasse ausgeben. Mit revolutionärem Bündnis hat das alles nichts zu tun. Das kann nur so aussehen, wie es Enver Hoxha in seiner Rede beschreibt:

„Die Studentenrevolten aber werden in den kapitalistischen Ländern kein Ende nehmen. Sie werden immer heftiger werden und sich mit der großen Welle der proletarischen Revolution vereinigen. Sie werden ideologisch und politisch immer klarere Formen annehmen. Die siegreichen Ideen des Marxismus-Leninismus werden die Köpfe und Herzen der Studenten der ganzen Welt erobern und sie mit der Klasse der Proletarier in der Weltrevolution verbinden. Vereinigt werden sie die kapitalistische Staatsmacht gewaltsam stürzen und den Sozialismus aufbauen, so wie wir es getan haben."

Die einzige Garantie dafür, daß die Studenten den Weg zu ihrer Befreiung an der Seite der Arbeiterklasse finden, ist die Arbeit der Partei, die auch an den Hochschulen gegen den revisionistischen Verrat antritt, die sich mit den kämpfenden Studenten vereinigt, mit ihnen gemeinsam arbeitet und kämpft, sie aufklärt, und um ihre Führung kämpft. Gerade in den Kämpfen der letzten Semester haben unsere Genossen der Sektion KSB/ML der Roten Garde diese Aufgabe immer fester angepackt.

2. Juni — die Wende?

Weshalb ist die Bewegung nach dem 2. Juni wichtig für uns? Weil sie in der Hauptseite eine richtige Sache war, die die Bourgeoisie und ihre Staatsgewalt attakkiert hat. Wir verteidigen das Revolutionäre an ihr gegen die modernen Revisionisten, die gerade darüber ihr Verdammungsurteil sprechen. Auf der anderen Seite muß man den kleinbürgerlichen Opportunisten aller Art entgegentreten, die diese vom Charakter her kleinbürgerliche Bewegung zur großen Wende in der deutschen Arbeiterbewegung oder gar zum Anfang der marxistisch-leninistischen Bewegung in Westdeutschland hochstilisieren wollen. Solch eine Analyse der sogenannten 2.-Juni-Bewegung können nur Intellektuelle und Kleinbürger hervorbringen, die absolut nichts von der Arbeiterbewegung verstanden haben.

Für die deutsche Arbeiterbewegung war der entscheidende Markstein in den 60er Jahren der Kampf gegen den revisionistischen Verrat, der Kampf der Marxisten-Leninisten in der KPD gegen die Entartung, der folgerichtig zur Neugründung der kommunistischen Partei in Deutschland, zur Gründung der KPD/ML führte. Daß die deutsche Arbeiterklasse dadurch wieder eine Vorhutpartei hatte, das war die entscheidende Wende in der neueren Geschichte der Arbeiterbewegung. Und sie hat nicht nur größte Bedeutung für die Arbeiterklasse, sondern auch für alle anderen Schichten, die im Widerspruch zum Kapitalismus stehen und unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer Partei für den Sturz des Kapitalismus kämpfen wollen.

Vom Aufbau des Sozialismus

RENTNER IM SOZIALISTISCHEN ALBANIEN

Viele Werktätige in Westdeutschland fürchten sich davor, alt zu werden. Denn gehört man in dieser kapitalistischen Gesellschaft erst einmal zum „alten Eisen", ist die Arbeitskraft verbraucht, dann zählt man für die Kapitalisten und ihren Staat erst recht nichts mehr.

Im sozialistischen Albanien ist das vollkommen anders. Dort, wo die Arbeiterklasse herrscht, stehen die Interessen der Werktätigen im Mittelpunkt, dort ist auch das Leben der Werktätigen im Alter gesichert. Das sozialistische Rentensystem in Albanien sorgt dafür, daß jeder seinen Lebensabend gut versorgt verbringen kann.

Das Rentenalter in Albanien ist vom Schwierigkeitsgrad der Arbeit und vom Geschlecht abhängig. Es liegt für Frauen zwischen 45 und 55 Jahren und für Männer zwischen 50 und 60 Jahren. D. h. der Unterschied zum Rentenalter in der Bundesrepublik liegt zwischen 5 bis 15 Jahren.

Besondere Fürsorge gilt in Albanien den Frauen. Die von ihnen nachzuweisenden Arbeitsjahre und ihr Rentenalter sind um fünf Jahre niedriger als beim Mann. Frauen, die sechs Kinder geboren haben, erhalten zum Beispiel Rente im Alter von 50 Jahren und müssen 15 Arbeitsjahre nachweisen.

Der Richtsatz für die Altersrente aller Werktätigen in Stadt und Land beträgt 70% ihres höchsten Lohnes, den sie drei Jahre lang in den letzten zehn Jahren ihrer Beschäftigung erhalten haben, d. h. daß als Grundlage zur Berechnung der Rente eine Zeitspanne genommen wird, in der der Qualifizierungsgrad hoch und das Einkommen gut war.

Die albanischen Werktätigen können auch eine Teilaltersrente erhalten, wie es sie in kapitalistischen Ländern nicht gibt. Diese Rente erhalten Werktätige, die das Rentenalter erreicht haben, jedoch die gesetzlich erforderlichen Arbeitsjahre nicht nachweisen können. In dieser Kategorie müssen die Männer 12,5 Jahre und die Frauen 10 Jahre gearbeitet haben. Die Teilaltersrente garantiert also auch den Werktätigen, die aus verschiedenen Gründen spät ein Arbeitsverhältnis eingegangen sind, ein gesichertes Alter.

Auch im Fall von Arbeitsunfähigkeit aufgrund von Invalidität erhält der albanische Werktätige im Gegensatz zu unserem Land, wo das Kapital herrscht, alle nötigen Mittel zum Lebensunterhalt. Er bekommt eine Invalidenrente und erhält eine leichtere Beschäftigung — entsprechend seinen Möglichkeiten —, so daß er auf den gleichen Lohn kommt wie zuvor. Wenn Werktätige durch Unfall oder Berufskrankheiten arbeitsunfähig werden, haben sie außer ihrem sicheren Lohn auch das Recht auf kostenlose ärztliche Behandlung, wobei der Staat für alle nötigen Behandlungen, gleichgültig wie lange sie dauern oder wieviel sie kosten, aufkommt.

Müssen die albanischen Werktätigen für eine solche sichere Versorgung nun etwa eine hohe Rentenversicherung bezahlen? Keineswegs, die Werktätigen müssen von ihrem Lohn keinen Pfennig für ihre Rente aufbringen. Die dazu erforderlichen Gelder werden von den Werten, die die Betriebe, Institutionen, gesellschaftlichen oder staatlichen Organisationen, die staatlichen Genossenschaften schaffen oder aus dem Staatshaushalt aufgebracht. Diese Geldmittel sind ständig angewachsen und wachsen weiter an im Verhältnis zur Entwicklung der Wirtschaft und zum Anwachsen des Nationaleinkommens. Es genügt zu erwähnen, daß die Ausgaben aus dem Staatshaushalt für die Sozialversicherungen im Jahr 1975 etwa 30mal so hoch waren wie im Jahre 1950. Der Rentenfond ist auf diese Weise rascher angewachsen als die Zahl der Rentner zugenommen hat, und folglich hat sich die Höhe der Renten laufend erhöht.

Im Gegensatz zur kapitalistischen Gesellschaft ist im sozialistischen Albanien das Leben im Alter nicht nur wirtschaftlich gesichert, sondern die Rentner sind wegen ihres Beitrags, den sie in der Revolution wie beim sozialistischen Aufbau geleistet haben, Menschen, die von der Partei, vom Staat, von den Massenorganisationen und der gesamten Gesellschaft geschätzt und geachtet werden. Umgeben von allseitiger Fürsorge haben sie auch, nachdem sie in Rente gegangen sind, vielseitige Möglichkeiten, freiwillig weiterhin zum sozialistischen Aufbau des Landes beizutragen.

Reutlingen

Kein Berufsverbot gegen Renate Groos

Am 7. Juni beginnt vor dem Verwaltungsgericht in Mannheim der Berufungsprozeß des Landes Baden-Württemberg gegen die Genossin Renate Groos, Lehrerin in Reutlingen. Renate Groos soll aus dem Schuldienst entlassen werden, weil sie Kommunistin ist und am Begräbnis des Genossen Günter Routhier teilgenommen hat.

Renates Mann Horst wurde bereits aus denselben Gründen aus dem Schuldienst geworfen. Aber was kümmert es die Bourgeoisie, die Existenz einer jungen Familie zu zerstören.

Das Berufsverbotsverfahren gegen Renate Groos läuft seit der Beerdigung von Günter Routhier. Im Februar 1975 bekam sie ihre Entlassungsurkunde. Aber Renate Groos ist immer noch im Schuldienst. Das ist vor allem das Ergebnis des fast dreijährigen Kampfes, den die Genossen der Partei, die Schüler und Eltern und zahlreiche andere Werktätige aus Reutlingen und Umgebung gegen das Berufsverbot geführt haben.

Über 2.000 Menschen bekundeten durch ihre Unterschrift ihre Solidarität mit Renate Groos und forderten die Aufhebung des Berufsverbots. Als im November 1976 vor dem Verwaltungsgericht in Sigmaringen über den Einspruch der Genossin gegen das Berufsverbot entschieden wurde, besuchten zahlreiche Schüler die Verhandlungen. Auf einer Veranstaltung kurz zuvor, zu der die Partei aufgerufen hatte, versammelten sich rund fünfzig Menschen und verurteilten das Berufsverbot gegen Renate Groos. Angesichts der breiten Solidarität wagte es das Gericht nicht, Horst und Renate gleichzeitig aus der Schule zu werfen und gab dem Widerspruch Renates gegen ihre Entlassung statt.

Jetzt haben es die Herren offenbar eilig, Renate endgültig aus dem Schuldienst zu werfen. Liegen in anderen Verfahren zwischen der Begründung der Berufung und dem Prozeß selbst im allgemeinen Monate, wenn nicht sogar Jahre, wurde das Verfahren bei Renate Groos „gestrafft“. Zugleich mit der Berufungsbegründung des Landes Baden-Württemberg wurde ihr die Ladung zum Prozeßtermin am 7. Juni zugestellt.

Ein Blick auf den Kalender zeigt allerdings, daß die „Straffung“ des Verfahrens kein Zufall ist. Der Prozeßtermin liegt 14 Tage vor dem Beginn der Sommerferien. Bis ein Verwaltungsgericht nach der öffentlichen Verhandlung sein Urteil gefällt, niedergeschrieben und zugestellt hat, vergehen meist zwei bis drei Wochen. Wenn das Urteil bekanntgegeben wird, sind die Schulen leer, die Schüler und Lehrer verreist und auf jeden Fall nur schwer zu informieren. Es ist ganz klar, daß sich das Oberschulamt, der Landesanwalt und die Richter auf diesen Termin geeinigt haben, um von vornherein zu verhindern, daß sich Schüler, Eltern und Lehrer mit Renate zum gemeinsamen Kampf gegen das Berufsverbot zusammenschließen.

Sofort nach dem Bekanntwerden des neuen Angriffs auf Renate Groos begannen die Genossen jedoch, den Kampf gegen das Berufsverbot zu organisieren. Auf einem Aktionstreff der Roten Hilfe Deutschlands versammelten sich bereits über 20 Freunde und Genossen, darunter viele Unorganisierte, um über Kampfmaßnahmen zu beraten. Sie planen die Herausgabe eines Flugblatts in dem Stadtteil, in dem die Schule von Renate Groos liegt und bereiten eine Sammelaktion vor. Kurz vor dem Prozeß veranstaltet die Ortsgruppe Reutlingen der Roten Hilfe Deutschlands eine Solidaritätsveranstaltung.

Die Genossen in Reutlingen sind entschlossen, alles zu tun, um gemeinsam mit den Schülern, den Eltern, fortschrittlichen Arbeitern und anderen Werktätigen das Berufsverbot gegen Renate Groos zu verhindern.

Weg mit dem Berufsverbot gegen Renate Groos!

Besucht die Verhandlung vor dem Verwaltungsgerichtshof in Mannheim, 7. Juni, 11 Uhr, Sitzungssaal II, erstes Obergeschoß!

Polizei überfällt Genossen

"Stehenbleiben oder ich schiesse!"

Münster. Korrespondenz. Genossen, was ich Euch jetzt berichte, stammt nicht aus einem Fernsehkrimi, sondern ist gestern abend bei uns passiert, ist bundesdeutsche Wirklichkeit.

Ihr wißt, daß der Kölner Antifaschist Wolfgang Brod bei uns in Münster im Gefängnis sitzt. Am 25. Mai hat nun die Rote Hilfe Deutschlands gemeinsam mit der Roten Garde abends um 10 Uhr eine Solidaritätsveranstaltung vor dem Gefängnis durchgeführt. Als die Kundgebung beendet war, konnte man auf den Gefängnismauern die Parole: „Freiheit für den Kommunisten W. Brod — RHD“ lesen.

Kaum drei Minuten später war die Polizei unterwegs. Auf dem Weg erkannten sie einen Genossen und wollten ihn festnehmen. Als der Genosse zu entkommen versuchte, verfolgte ihn einer der Polizisten mit gezogener Pistole und rief: **„Stehenbleiben oder ich schieße, ich schieße wirklich.“** Auf einem Seitenweg wurde der Genosse eingeholt. Ein zweiter Polizist kam hinzu: **„Knall ihn ab, den Hund! Knall ihn ab!“** und: **„Knall ihm die Pistole vor den Kopf!“** Dann haben die Polizisten den Genossen in einem Gebüsch zusammengeschlagen und zwar wohl zwanzigmal mit dem Pistolenknauf auf den Kopf.

Blutüberströmt wurde er auf die Polizeiwache geschleppt. „Da nehmen wir dich noch mal vor!“, wurde ihm gedroht.

Rot Front!
Eine Genossin aus Münster.

Der Genosse wurde inzwischen, nachdem er auf der Polizeiwache noch mehrere Stunden festgehalten worden war, wieder freigelassen. Die Verletzungen des Genossen sind so schwer, daß er mindestens zehn Tage im Krankenhaus bleiben muß. Über die Schwere seiner Kopfverletzungen wird erst die Röntgenaufnahme endgültig Aufschluß geben können.

Schreibt den Genossen in Haft!

Klaus Kercher, 7100 Heilbronn, JVA, Steinstr. 21
Alexander Haschemi, 8910 Landsberg, JVA, Hindenburgring 2
Martin Peleikis, JVA Neumünster, Boostedterstr. 30
Manfred Schönenberg, JVA Attendorn
Wolfgang Brod, JVA Münster

Universität Göttingen

Polizeiüberfall auf Studentenbüros

Ungefähr tausend Polizisten, angeführt von zwölf Staatsanwälten, überfielen in den frühen Morgenstunden des letzten Freitag Einrichtungen der Göttinger Studentenschaft wie das AStA-Büro und Druckereien. Sie drangen in 17 Privatwohnungen ein, stürmten einen Buchladen und ein KBW-Büro. Dabei wurde, wie es heißt, „umfangreiches Material beschlagnahmt“.

Begründet haben die Staatsorgane der Bourgeoisie ihren Überfall mit Ermittlungen, die sie führen wegen „Volksverhetzung, Billigung von Verbrechen“ und anderem. Worum geht es? Der von trotzkistischen und spontaneistischen Gruppen wie GIM und „K“B Nord beherrschte AStA hatte in seiner Zeitung einen Artikel gebracht, in dem der Verfasser seine „klammheimliche Freude nach dem Abschuß von Buback nicht verhehlen“ wollte. Obwohl dieser Artikel das Attentat verurteilt, obwohl er prinzipiell die revolutionäre Gewalt ablehnt, nahm ihn die Bourgeoisie zum Anlaß für eine Reihe von unverschämten Angriffen. So wurde der Göttinger AStA ultimativ aufgefordert, den Artikel zurückzunehmen. So verurteilte das Verwaltungsgericht Gelsenkirchen den Bochumer AStA, der den Buback-Artikel nachgedruckt hatte, dazu, sich öffentlich von ihm zu distanzieren.

Die Absicht ist deutlich: Die Bourgeoisie und ihre vollständig gleichgeschaltete Presse hatten nach dem Attentat den Eindruck zu erwecken versucht, als sei in unserem Land eine allgemeine Volkstrauer ausgebrochen. Buchstäblich mit Gewalt versucht sie jetzt diesen Eindruck aufrechtzuerhalten, versucht sie, per Polizeieinsatz und Gerichtsurteil die Trauer um ihren toten Staatsschutz-Chef zu erzwingen. Begleitet sind diese Maßnahmen von einer unglaublichen Hetze gegen diejenigen, die sich weigern, im Chor mit der Bourgeoisie gegen den „Terrorismus“ zu Felde zu ziehen, die die gerechte revolutionäre Gewalt der Volksmassen verteidigen.

So haben auch in Göttingen die Staatsorgane den Buback-Artikel zum Anlaß genommen, um gegen fortschrittliche und revolutionäre Studenten vorzugehen. Aber die Studenten waren nicht bereit, den Kopf einzuziehen und die Angriffe der Bourgeoisie kampflos hinzunehmen. Sie organisierten die mit 3.000 Teilnehmern größte Vollversammlung seit Bestehen der Hochschule und beschlossen, in einen befristeten Warnstreik zu treten. Allerdings arbeitete der AStA einem revolutionären Zusammenschluß der Studenten und einer Ausweitung des Streiks entgegen. Er verhinderte eine einheitliche Stoßrichtung des Kampfes gegen die politische Unterdrückung, indem er den Studenten endlose Debatten über den Buback-Artikel aufzwang, ihren Kampf auf die Auseinandersetzung mit einigen reaktionären Typen an der Universität begrenzen wollte und nicht einmal den organisierten Streikbruch durch CDU-Studenten und faschistische Burschenschaften verhinderte.

Die dadurch entstandene Verwirrung nutzte die Bourgeoisie jetzt für ihren unverschämten Polizeiüberfall aus. Die Kampfbereitschaft der Studenten aber konnte sie auch dadurch nicht brechen. Schon während des Überfalls schlossen sich spontan Hunderte von Studenten zusammen und riefen Parolen wie „Polizei raus aus der Uni!“

Polizeiminister Hirsch

Drohungen gegen die Kampfabteilungen der KPD/ML

Burkhard Hirsch, der Polizeiminister des Landes Nordrhein-Westfalen, hat vor dem Hauptausschuß des Landtages einen Bericht über die revolutionären Organisationen in NRW abgegeben. Dabei drohte er offen unserer Partei.

Hirsch will „sehr entschiedene polizeiliche Konsequenzen“ gegen die roten Kampfabteilungen, die der III. Parteitag unserer Partei zu schaffen beschlossen hat, ergreifen. Dabei behauptete er in diesem Zusammenhang, die KPD/ML plane die Aufstellung „bewaffneter Kräfte“.

Wir möchten gerne wissen, woher Hirsch seine Weisheit nimmt. Im Rechenschaftsbericht des 3. Zentralkomitees an den Parteitag gibt es zwar einen Abschnitt über die Schaffung roter Kampfabteilungen, über die Aufstellung „bewaffneter Kräfte“ findet sich jedoch dort nichts. Aber abgesehen davon. Natürlich würde unsere Partei nicht öffentlich die Aufstellung „bewaffneter Kräfte“ bekanntgeben. Das könnte der Bourgeoisie so passen.

Wir erklären allerdings, wie es im Rechenschaftsbericht unserer Partei heißt, offen: „Angesichts der Verschärfung der Klassenkämpfe, der zunehmenden Brutalität der Konterrevolution, der Überfälle von Faschisten und Sozialfaschisten auf Parteieinrichtungen und Genossen, zum Schutze unserer Demonstrationen, Kundgebungen, Büchertische etc., ist es notwendig, Schutztrupps zu bilden.“

Wir sind keine Pazifisten, die in Demut auch noch die linke Backe hinhalten, wenn sie auf die rechte geschlagen werden. Wir werden uns das Recht, der konterrevolutionären Gewalt mit revolutionärer Gewalt zu begegnen, nicht nehmen lassen.

Jugendhof Odenthal

Terroraktion der Polizei

Über hundert schwerbewaffnete Polizisten, Spezialkommandos der Kölner Polizei, stürmten im Morgengrauen des 18. Mai den Jugendhof Odenthal im Rheinisch-Bergischen Kreis. Angeblich sollte sich dort, so hatte es ein anonymer Anrufer behauptet, Christian Klar, der wegen des Attentats auf Buback gesucht wird, aufhalten.

Natürlich fanden die Polizisten in dem Jugendhof weder Christian Klar noch sonst irgend etwas. Das hinderte sie aber nicht, mit unglaublicher Brutalität die gesamte Einrichtung des Jugendhofs zu zertrümmern und die Bewohner zu mißhandeln.

In einem Bericht der „Süddeutschen Zeitung“ heißt es: „Im Haus wurden sämtliche Betten auseinandergebrochen, Bettbezüge und Federkissen aufgeschlitzt, Fensterscheiben zerschlagen, eine neu eingezogene Zwischendecke durchbohrt, mehrere Wände des aus Lehmgeflecht errichteten Fachwerkhauses durchstoßen und Wandschränke aus der Verankerung gerissen.“

Brutal wurden die Bewohner des Jugendhofs, es handelte sich um 13 Jungen bzw. Mädchen und zwei Betreuer, mißhandelt. Ein 14jähriger Junge wurde von den Polizisten mit vorgehaltener Maschinenpistole aus dem Bett gezerrt, an den Haaren zur Treppe geschleift und auf den Hof gestoßen. Einem 22jährigen Querschnittgelähmten stießen sie einen Gewehrlauf in den Rücken und stürzten ihn eine Treppe hinunter. Kein Wunder, daß mehrere der Jugendlichen schwere Schocks erlitten.

Der Terrorüberfall der Polizei auf den Jugendhof hat überall breite Empörung hervorgerufen. Für den nordrhein-westfälischen Innenminister jedoch sind solche Überfälle offenbar ganz normal. Sein Kommentar: „Die Beamten haben sich der Situation entsprechend korrekt verhalten.“



Der Jugendhof Odenthal war nach dem Polizeiüberfall vollständig verwüstet

Korrespondenzen

Redaktion
„Roter Morgen"
Wellinghofer Str. 103
Postfach 30 05 26
46 Dortmund 30

„So wird rationalisiert"

„Der Betrieb geht wie geschmiert, so wird rationalisiert!"

Im Januar 76 erschienen auf allen Stationen des Krankenhauses, wo ich arbeite, Wirtschaftsprüfer. Was die zu bedeuten hatten, kann sich jeder an fünf Fingern abzählen! Immer öfter kriegt man von Seiten des Oberschwesternbüros und der Verwaltung zu hören, die Pflegekräfte müssen zum Wohle der Patienten eingeteilt werden, es muß für jeden Kranken eine optimale Pflege gewährleistet sein usw. Daraufhin wird zum Hohn der Tagespflegesatz von 98,-- auf 102,-- DM erhöht. Während die „Organisationsprüfer" noch auf der Station herumschleichen, wird eine Pflegehelferin wegen Krankheit fristlos entlassen! Und so passiert es im ganzen Haus!

Jetzt 1977: 30 Planstellen bleiben vorerst (!) unbesetzt. Philippinische Krankenschwestern mußten in ihre Heimat zurück.

Der größte Hammer ist aber ein Rundschreiben des Stadtrats zu den Organisationsprüfungen: „Sie dienen der Verbesserung des betrieblichen Geschehens." Im Januar 78 sollen die Ergebnisse in die Tat umgesetzt werden. Zum Schluß folgt ein Appell an die Arbeitsmoral: „Die Organisationsprüfer haben nicht das Ziel, Arbeitsplätze wegzurationalisieren oder andere Verschlechterungen für das Personal herbeizuführen. Es gibt aber erfahrungsgemäß immer strukturelle und ablaufmäßige Unebenheiten. Diese gilt es zu glätten und zeitgemäße Arbeitsplätze zu gestalten, und das ist die Aufgabe der Organisationsprüfer."

Das ist doch glatt und frech gelogen! Die Wirklichkeit sieht ganz anders aus: Tatsache ist, daß seit 1976 Planstellen einfach nicht mehr besetzt werden, für Schwangere und Pensionierte gibt es keinen Ersatz. Tatsache ist, daß das Personal, das eh schon überlastet ist, noch mehr Arbeit aufgebrummt bekommt. Tatsache ist, daß ganz still und leise zum Hintertürchen die 6-Tage-Woche hereinspaziert. Das heißt, für einen Hungerlohn schaffen wir sechs statt fünf Tage!

Fadenscheinige Appelle werden an uns gerichtet von wegen „Berufsverantwortungsbewußtsein" und „soziale Haltung zum Beruf". Aber dahinter steckt nichts anderes als Antreiberei! Die Kolleginnen und Kollegen spüren das immer mehr und sehen, daß die Krise auch vor dem öffentlichen Dienst nicht halt macht. Und mit den ach so sicheren Arbeitsplätzen im öffentlichen Dienst sieht es sehr ärmlich aus. Jeder muß täglich damit rechnen, daß er die Papiere abholen kann.

Doch der Gipfel ist: Die Stadtverwaltung erwägt sogar, für jeden Mitarbeiter Urlaubssperre zu verhängen. Im Oktober sähe es je wieder anders aus. Aber das glaubt sowieso kaum noch jemand. Den Pflegeschülern geht es auch nicht sehr rosig. Oft werden sie regelrecht als Lückenbüßer eingesetzt. Neu in die Schule aufgenommen werden vorwiegend Abiturienten oder solche, deren Väter kurz mal 1.000 bis 2.000 DM spendieren. Und nach dem Examen wissen die meisten nicht wohin. Hier kriegen die wenigsten eine Stelle, obwohl genug frei sind (siehe oben).

Eine Kollegin sagte neulich: Wenn das so weitergeht, werde ich noch zum Kommunist!

„Jeder Kapitalist wird exmittiert, so wird rationalisiert" — diese Zeile aus einem Gedicht von Erich Weinert wird mit Sicherheit eines Tages in die Tat umgesetzt.

Rot Front! Eine Genossin.

Heilung zu teuer

Beim Hausverkauf des „Roten Morgen" traf ich auf einen 32jährigen Mann, der mir sein Schicksal schilderte.

Der junge Mann erkrankte an einer Nervenentzündung. Die Folge war eine akute Lähmung des Körpers bis zum Hals. Er kam für 26 Wochen ins Krankenhaus. Die Krankheit besserte sich im Laufe der Zeit, was aber kaum am Krankenhaus lag, sondern an der eigenen Initiative des Kranken und dessen Selbsterhaltungswissen. Denn, abgesehen davon, daß das Essen so schlecht war, daß der Mann bei seiner Entlassung 20 kg Untergewicht hatte, hatte die Krankengymnastin so viele Patienten zu betreuen, daß sie nur 2mal 20 Minuten in der Woche Zeit hatte, mit ihm Bewegungsübungen zu machen.

Die Krankheit hat ihre Spuren bei dem Mann hinterlassen: Er kann ohne Gehapparate (Beinschienen) nicht laufen. Diese Schienen wurden ihm einen Tag vor der Entlassung angepaßt und 20 Minuten vor seiner Entlassung verpaßt. Eine halbe Treppe durfte er damit hochlaufen und dann hieß es: „Jetzt können Sie gehen, Sie müssen damit zurechtkommen."

Es war klar, daß der junge Mann damit nicht zurechtkam. Hinzu kommt, daß er gezwungen war, nach dem Krankenhausaufenthalt 11 Wochen lang zu Hause im Bett herumzuliegen, weil er keinen Platz in der Rehabilitations-Klinik bekam.

Nach der Rehabilitations-Behandlung wurde er gesundgeschrieben und soll angeblich voll arbeitsfähig sein. Obwohl er

— die Gehapparate noch braucht

— die Gehapparate ihm mittlerweile so eng geworden sind, daß er zwar einige Stunden damit herumlaufen kann, dann aber geschwollene Beine hat. Die Beine sind ja durch Übungen und dadurch, daß der Mann wieder zugenommen hat, kräftiger geworden

— eine weitere ständige Betreuung durch Krankengymnastik nötig wäre, er aber nicht weiß, wie er zu der 20 km entfernten Rehabilitations-Klinik kommen soll

— außerdem ist der Mann nicht nur körperlich, sondern auch seelisch fertig. Er denkt z. B. des öfteren an Selbstmord. In dieser Gesellschaft ist ein Kranker ein unbequemer Faktor, ein Hindernis, und das wird ihm mit aller Deutlichkeit beigebracht

Die Krankenkasse sperrt sich dagegen, daß er neue Beinschienen angepaßt bekommt, denn das würde ja 1.800 DM kosten. Mit den alten Schienen bedeutet das Laufen für ihn eine große Anstrengung. In seiner Wohnung bewegt er sich oft auf allen Vieren vorwärts.

Das ist ein Beispiel dafür, wie eine Heilung verhindert wird, wie eine sinnvolle und nützliche Behandlung der Krankheit zu viel Geld kostet.

Rot Front!

Eine Genossin aus Karlsruhe.

Für den falschen Zweck

Letzte Woche hörte ich an meiner Fachhochschule zufällig folgendes: Das Studentenparlament, mehrheitlich von den MSB-Revisionisten beherrscht, hat beschlossen, daß von AStA-Geldern 20% der Kosten für die Busse zur Abrüstungsdemonstration in Essen bezahlt werden sollen. Diese Demonstration, zu der D„K"P und MSB aufrufen, soll mit ihren Friedenstiraden die Bevölkerung einschläfern und von den Kriegsvorbereitungen der Imperialisten ablenken; sie hat mit den Interessen der Studenten gar nichts zu tun. So wirtschaftet sich der MSB die Beiträge der Studenten in die eigene Tasche. Alle Studenten, mit denen ich darüber sprach, fanden das eine große Schweinerei.

Rot Front!

Eine Genossin aus Düsseldorf.

Bestellen Sie Informationsmaterial der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD/ML

○ Ich bitte um Zusendung einer Probenummer des „Roten Morgen"

○ Ich möchte den „Roten Morgen", das Zentralorgan der KPD/ML, abonnieren

○ Ich möchte zu Veranstaltungen der KPD/ML eingeladen werden

NAME ....

WOHNORT ....

STRASSE ....

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD/ML, Wellinghoferstr. 103, Postfach 300526, 4600 Dortmund 30.**

Enver Hoxha

Über die Vorkämpfer der albanischen Unabhängigkeit

Am 24. Mai wurde in der südalbanischen Stadt Gjirokastra ein Obelisk eingeweiht, in den die Worte eingemeißelt sind: „Den Vorkämpfern der albanischen Sprache, die in den finsteren Jahren der Knechtschaft die Liebe zur Freiheit, Bildung und Kultur wachhielten." Aus Anlaß der Einweihung wurde auf dem Çerçiz-Topulli-Platz der Stadt eine Kundgebung veranstaltet, auf der die versammelten Arbeiter, Genossenschaftsbauern, Schüler und Soldaten in einer enthusiastischen und bewegten Atmosphäre eine auf Tonband aufgezeichnete Grußbotschaft des Genossen Enver Hoxha hörten.

Wir bringen im folgenden Auszüge aus dieser Rede.

Mit Herz, Gedanken und Sinnen, sagt Genosse Enver Hoxha zu der Bevölkerung von Gjirokastra, bin ich dort, gemeinsam mit Euch, inmitten meines Volkes auf dem kleinen Platz, wo wir vor 60 Jahren, zusammen mit meinen Kameraden der Schule Drita auf dem kleinen Schulhof mit der Fibel in der Hand herumspazierten und unsere Übungen wiederholten. Eben auf diesem Platz wurden nacheinander eine Reihe demokratischer Bünde und Vereine und patriotische Clubs gegründet, die ihre Tätigkeit dort entfalteten.

Zusammen mit den Liedern und Erzählungen der Mutter waren sie meine erste Schule der Kindheit und frühen Jugend, wo ich dieses teure Vaterland, dieses ruhmreiche Volk, unsere schöne Sprache, unsere glänzenden Traditionen, unsere uralte fortschrittliche Kultur aus ganzer Seele lieben und achten lernte. Und wie alle ehrlichen und patriotischen Menschen widmete ich ihnen mein Leben.

Heute scheint mir jener kleine Platz mit den Vorkämpfern und Vorkämpferinnen wie die Wiese des Çajupiberges, mit Bockshornklee, in dessen Mitte sich ein Obelisk erhebt, groß und majestätisch, wie es all jene Streiter des Gewehrs und der Feder waren, die in sehr schwierigen Zeiten gegen die Finsternis, die Besatzung, die Tyrannei kämpften, die die heroischen Traditionen des Kampfes und Freiheitsdrangs unserer Ahnen verfolgten, die diese Traditionen wachhielten, sie weiterführten und uns übermittelten, uns den Weg bahnten, uns im Patriotismus stählten, uns lehrten, die Flinte stets in der Hand zu halten, Wissen zu erwerben und die Liebe unter uns zu festigen.

Heute gedenken wir Älteren, die Kinder jener heroischen Zeiten, als uns selbst Papier und Bleistift fehlten und wir kaum die Fibeln mit den alten Buchstaben des Alphabets Istanbuls und Salonikis fanden, die versteckt in Beuteln unter dem Gewehr und in schafwollenen Umhängen der Freiheitskämpfer Çerçizi, Bajo, Mihali usw. gebracht wurden, mit großer Achtung jener tapferen Männer und flammenden Patrioten, die die Marktstraßen Gjirokastras herauf- und hinunterstiegen. So fest sind sie in unserem Denken und Herzen eingemeißelt, daß es uns noch jetzt scheint, als sehen wir sie, wie sie waren, einfach, ergraut von Alter und Sorgen, aber mit Augen, die aufleuchteten, wenn wir, die Jugendlichen und Kleinen, sie respektvoll grüßten.

Wieviel kostbare Schätze birgt dieser historische Hügel inmitten von Gjirokastra, Brüder und Schwestern, fährt Genosse Enver Hoxha in seiner Grußbotschaft fort. Dort wurde mit Gewehr und Feder für Albanien gesprochen. Dort standen Seite an Seite mit den Kämpfern der patriotischen Freischaren die Lehrer und Schüler. An Stätten wie dieser wurden die ersten Fundamente der Schulen gelegt, die heute in ganz Albanien in großer Zahl vorhanden sind. Dort entstanden die ersten Bühnen der Laien- und Berufstheater. Dort organisierten sich unsere Mütter und Schwestern 1919 zum ersten Mal in dem Verein gegen die Bastille, das Gefängnis, und erklärten offen, daß sie gegen die Finsternis, die Rückständigkeit, die Sklaverei kämpfen würden, in die sie die Besatzer, die volksfeindlichen Regime, die Kirchen und Moscheen gestürzt hatten. Die patriotischen Vereine und Clubs, die auf diesem Hügel gegründet wurden, entstanden nicht zufällig und nicht auf unvorbereitetem Boden. (. . .)

Sie waren gleichzeitig Bereicherung und quantitative und qualitative Weiterentwicklung der gesamten früheren Tätigkeit unserer ruhmreichen Vorfahren. Diese patriotischen Clubs und Vereine, die überall im Land eröffnet wurden, wurden die Achse jener gesamten mächtigen Bewegung, die sich selbst das Ziel gesteckt hatte, die Unabhängigkeit und Freiheit des Vaterlandes zu erringen, für die albanische Sprache und Schule zu kämpfen, für die Entwicklung und den Fortschritt der nationalen Kultur, der Musik, des Theaters und unserer wunderbaren Folklore, für Demokratie, gesellschaftliche Entwicklung und gesellschaftlichen Fortschritt. Die inneren und äußeren Feinde verfolgten unsere aufrechten Patrioten. Doch darüber hinaus konnten sie nichts tun. Niemals konnten die Feinde verhindern, daß unser Volkspatriotismus, der militante und fortschrittliche freiheitsliebende Geist unserer Menschen, die albanische Tapferkeit und Treue zum Durchbruch kamen, und niemals konnten sie diese Eigenschaften ausradieren, denn diese hohen Tugenden hatten jahrhundertealte Wurzeln und waren in den Sinnen und Herzen des ganzen Volkes verankert. (. . .)

So waren die Streiter des Gewehrs und der Feder, deren wir gedenken und deren Werk wir unvergänglich machen, sagte Genosse Enver Hoxha in seiner Grußbotschaft. Das Volk bewahrt die Erinnerungen an ihre patriotischen Bestrebungen als Teuerstes, und unsere ruhmreiche PAA hob sie auf ein Piedestal. Auf diesem ruhmreichen Boden, durch diesen unversiegbaren Strom von Patriotismus und Tapferkeit, in dieser großen Schule des Lebens lernten jene Söhne und Töchter des Volkes und wurden sie erzogen, die später in den schwierigen Jahren der faschistischen Besatzung sich um die Kommunistische Partei Albaniens zusammenschlossen und ihr Fleisch und Blut wurden, ihre und des Volkes ehrenvolle Helden wurden.

In Bezug auf das schöne und bedeutungsvolle Denkmal, das in Gjirokastra eingeweiht wurde, sagte Genosse Enver Hoxha, daß es sich wie eine unauslöschliche Lichtfackel erhebt. Das ganze Volk sieht es, und der Gedenkstein für die Helden des nationalen Befreiungskampfes scheint ihm zu sagen: „Sieh, auch wir sind hier. Wir kämpften tapfer mit der Partei der Kommunisten an der Spitze und fielen auf dem Feld der Ehre mit dem Gewehr in der Hand, denn so hattet Ihr, Mütter, Väter, das ganze Volk es uns gelehrt." Und heute danken ihre Söhne und Töchter, sagt Genosse Enver Hoxha, der PAA, die Albanien ins Licht führte, daß sie das sozialistische Vaterland für immer befreite und daß sie es verschönerte, indem sie den Leitspruch der Vertreter der Wiedergeburt in die Tat umsetzte „Wissen, Liebe und Flinte", der in der Zeit der Partei verändert wurde zu „In der einen Hand die Hacke, in der anderen das Gewehr".

Im Namen der Partei, fährt Genosse Enver Hoxha fort, danke ich Euch und beglückwünsche ich Euch, daß Ihr das Wort der Partei in die Tat umgesetzt habt, nämlich zur ewigen Erinnerung an die Lehrer und Pädagogen einen Obelisken zu errichten, die mutig und tapfer gearbeitet haben, die für die Eröffnung albanischer Schulen in vielen Gegenden des Vaterlandes, so auch in Gjirokastra, eingekerkert, gefoltert und gemordet worden waren. Der bewaffnete Kampf, um sich von der Knechtschaft der Imperialisten und der barbarischen Eindringlinge zu befreien, konnte nicht von dem Kampf für das albanische Alphabet und für die albanische Schule getrennt werden. Die Befreiung des Vaterlandes von den Besatzern hing mit dem Sieg des Wissens zusammen.

Unsere Vertreter der Wiedergeburt betrachteten das Wissen als Licht, denn durch das Wissen würde die Finsternis vertrieben werden, die unser Volk jahrhundertelang gefangengehalten hatte, denn das Wissen würde das Bewußtsein und den Patriotismus des Albaners auf Höhen führen, denn das Wissen zusammen mit dem Gewehr würde die errungene Unabhängigkeit konsolidieren und dem Vaterland Fortschritt und Wohlhaben mitbringen. Diesen Weg schritt ruhmvoll mit dem heroischen nationalen Befreiungskampf die heldenmütige Partei der albanischen Kommunisten vorwärts, die es so gut, so korrekt und so mutig und heroisch verstand, den Marxismus-Leninismus, diese allgemeingültige und unfehlbare Wissenschaft in enger Verbindung mit den heroischen Traditionen der Freiheitsliebe und des Fortschrittsstrebens des albanischen Volkes anzuwenden.

Das also sind die großen Werte, die die Tätigkeit der patriotischen und kulturellen Vereine, Clubs und Bünde in sich trägt. Das ist die rühmenswerte Arbeit, die Ihr, Brüder und Schwestern, geleistet habt, indem Ihr die neue Museumsstätte errichtet habt, die sehr gut beweist, daß unser Gjirokastra eine Museumsstadt ist, vor allem wegen ihrer ruhmvollen patriotischen und revolutionären Geschichte, wegen der ständigen Kämpfe und unaufhörlichen Bestrebungen seiner Söhne und Töchter nach Freiheit und Unabhängigkeit, nach der albanischen Sprache und Schule, nach Demokratie, Entwicklung und allseitigem wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Fortschritt. Neben den übrigen Museen und Kulturstätten wird diese neue Stätte für die heutigen und künftigen Generationen eine wahre Schule der Erziehung zu Patriotismus und Tapferkeit, zur Liebe zur Sprache und unserer nationalen Kultur, zu tiefer Achtung und Dankbarkeit gegenüber sämtlichen hervorragenden Traditionen und der revolutionären patriotischen Tätigkeit unserer Vorfahren sein.

Wenn die heutigen und die künftigen Generationen diese hervorragenden Traditionen der Vergangenheit kennenlernen, sagt Genosse Enver Hoxha, werden sie auch besser die politische und ideologische Linie der Partei verstehen, werden sie besser ihre Philosophie verstehen, denn sie werden konkret sehen, daß Wort und Tat der Partei nicht etwas Getrenntes von der ruhmreichen Vergangenheit unseres Volkes sind, im Gegenteil. Sie setzen sie weiter fort und bereichern sie in Inhalt und Form durch die marxistisch-leninistische Ideologie. (...)

Anmerkung: Mit „nationaler Wiedergeburt" wird jene umfassende Bewegung bezeichnet, zu der sich der Freiheitskampf des albanischen Volkes Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte.

DIE ARBEITERKLASSE MUSS IN ALLEM DIE FÜHRUNG INNEHABEN (MAO TSE-TUNG)

Das revolutionäre Bündnis

Sondernummer 1/77

STREIKDOKUMENTATION

INHALT:

Rote Studenten

Zeitung des Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten Sektion der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML-Essen

Für einen kämpferischen, unbefristeten Streik!

„Die Gesetze seien künftig nicht beachtet—

Der Schlußstrich

Lohnraub Teuerung, Arbeitslosigkeit politische Unterdrückung Revolution!

Mai 77, Uni Köln

HRG/LHG EIN GESETZ GEGEN DICH!

AUFRUF

Kommunistischen Studentenbundes/Marxisten-Leninisten Sektion der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML

Weg mit dem HRG! Weg mit dem neuen LHG!
Weg mit dem neuen Studentenschaftsrecht!

Für die verfasste Studentenschaft mit allgemeinpolitischem Mandat, Satzungs- und Finanzautonomie!

Für 690 DM BAföG sofort!
Elternfreibetrag 1500 DM!

Kampf der politischen Unterdrückung!
Nieder mit dem Ordnungsrecht!

KSB/ML-STREIKAUFRUF

REVOLUTIONÄRES BÜNDNIS

KSB/ML Extra

Sektion der ROTEN GARDE Jugendorganisation der KPD/ML

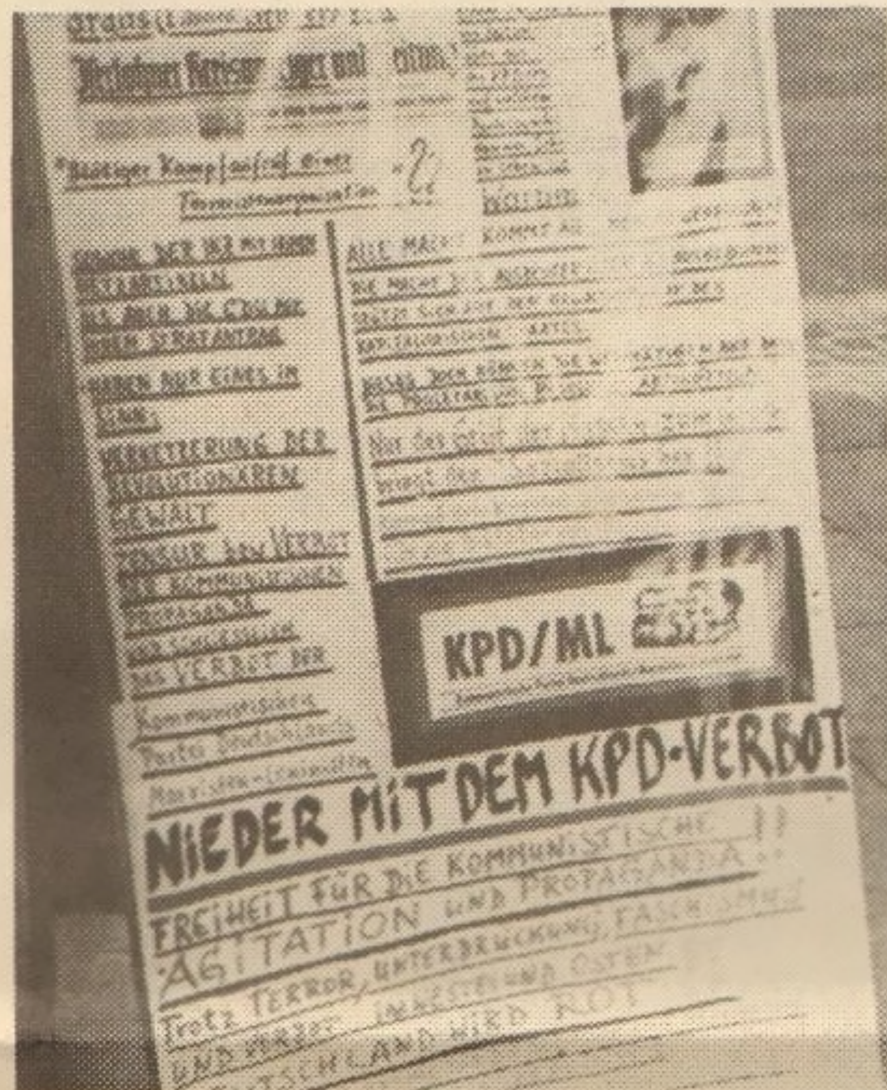
Für einen bundesweiten unbefristeten Streik

Tausende Studenten streiken im ganzen Bundesgebiet gegen das reaktionäre Hochschulgesetz und verschiedene Landeshochschulgesetze, gegen die politische Unterdrückung. Der KSB/ML greift aktiv in diese Kämpfe ein.



15.000 BASF-Arbeiter demonstrierten am 18. Mai für die Erhöhung ihrer Löhne.

Mai im Bild







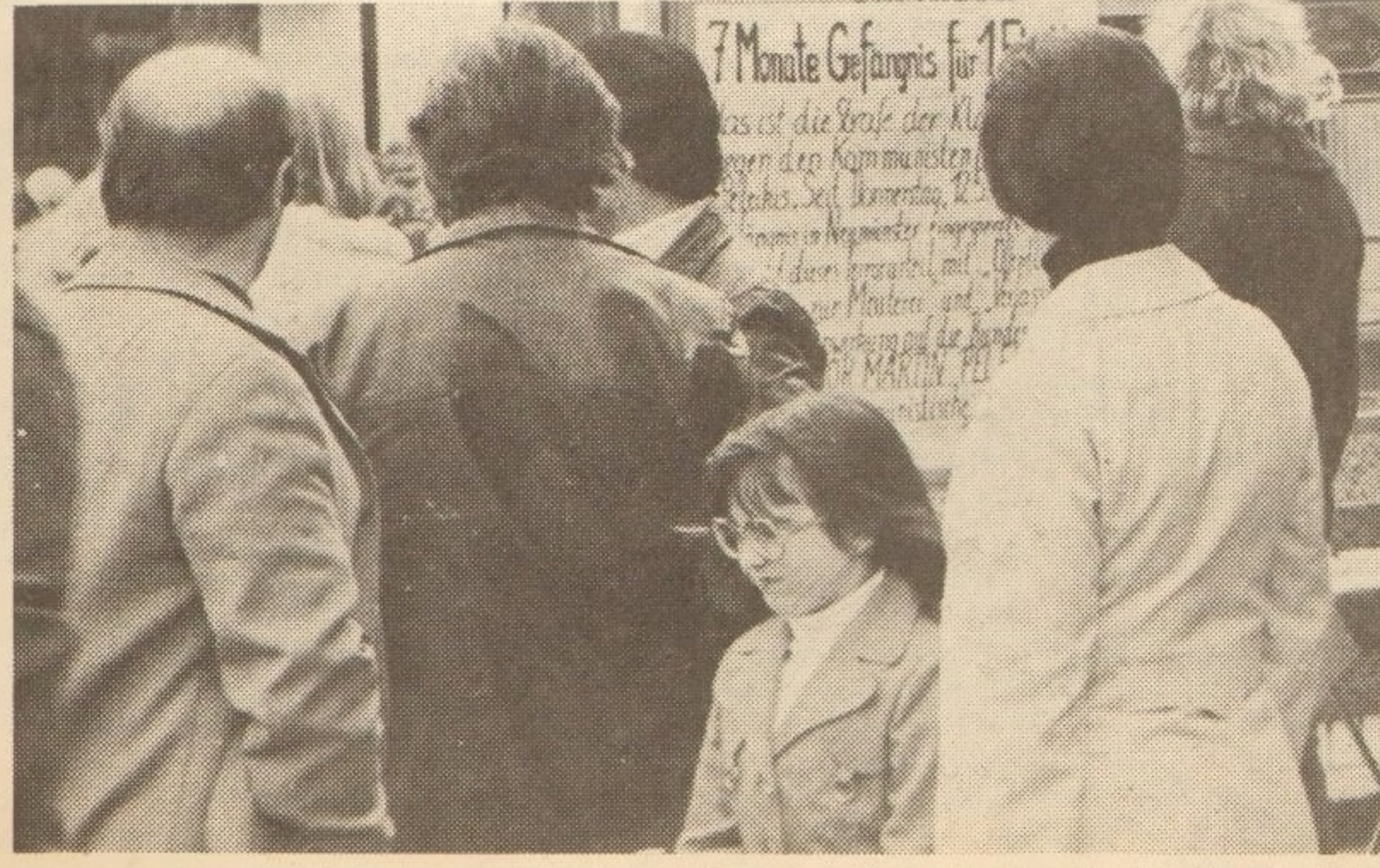
Am Roten 1. Mai dieses Jahres rief die Partei in 10 Städten zu einer Demonstration auf. Die Aktivitäten, die die Partei entfaltete, um für den Roten 1. Mai zu mobilisieren, riefen in einigen Städten örtliche Reaktionäre und die Polizei auf den Plan. In Iserlohn hetzte die Bourgeoisie gegen das Mai-Plakat der KPD/ML. Bild rechts: Wandzeitung der Partei. In Düsseldorf wurde die Werbung der KPD/ML vom Vermieter der Werbefläche abgerissen (Bild links). All diese Angriffe taten aber der revolutionären Stimmung am 1. Mai keinen Abbruch. Bild Mitte: Der AP-Trupp aus Duisburg auf der Mai-Veranstaltung.



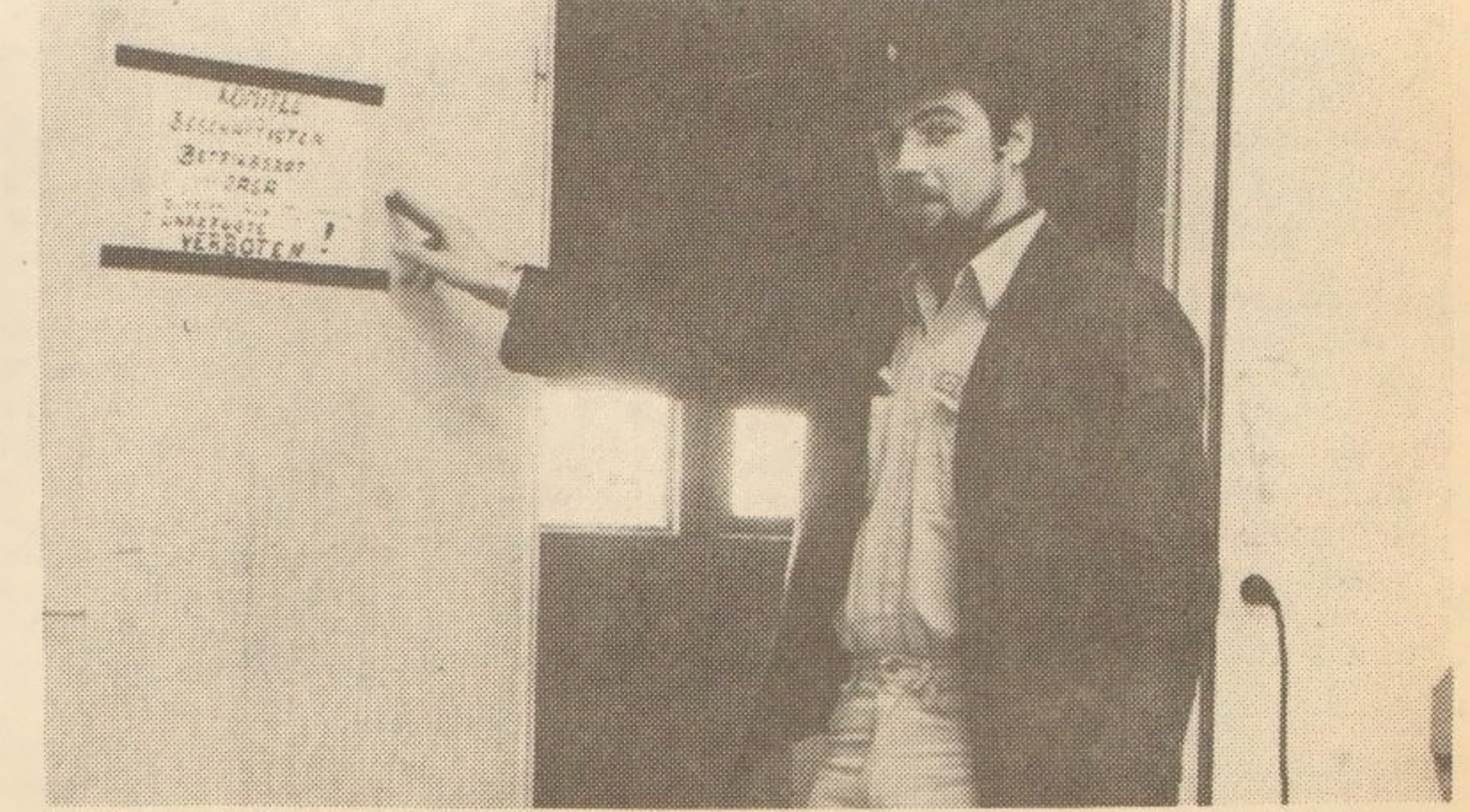
Mit großem Tamtam wurde in Bremen der Einzug von sieben NATO-Schiffen im Überseehafen gefeiert. Genossen der Partei traten der militaristischen Propaganda entgegen.



Mitte April wurde der Landwirt Helmut Schlaudraff in Hessen von der Polizei erschossen. Mit dem „Roten Morgen", der über diesen Fall berichtete, gingen Gießener Genossen in sein Heimatdorf. Sie verkauften in kürzester Zeit 11 Nummern dieser Ausgabe.



In diesem Monat mußte Genosse Martin Peleikis ins Gefängnis — zu sieben Monaten ohne Bewährung hatte ihn die Klassenjustiz wegen eines einzigen Flugblattes verurteilt.



Volker Nieber, Roter Betriebsrat eines kleinen Betriebes bei Tübingen, wurde dank der Solidarität seiner Kollegen und vieler anderer Werktätiger in einer erneuten Verhandlung freigesprochen. In der ersten Instanz hatte ihn die Klassenjustiz wegen seiner angeblichen Teilnahme an der Demonstration zum Roten Antikriegstag 1972 zu 16 Monaten ohne Bewährung verurteilt.

Aus aller Welt

PORTUGAL

Bei der Stadt Mora im Alentejo-Gebiet entwickelten sich schwere Kämpfe zwischen Landarbeitern und einer 400 Mann starken Truppe der Guardia Nacional, einer paramilitärischen Einheit, die vom Lissaboner Regime zur Unterdrückung der revolutionären Volksbewegung gebildet wurde. Die teilweise berittenen Truppen, die auch Hunde mitführten, waren eingesetzt worden, um die Landarbeiter von ihrem Gut zu vertreiben. Wie in vielen Orten Portugals, so hatten auch in diesem Gut nach dem Sturz des Caetano-Regimes die Landarbeiter und armen Bauern den ehemaligen Gutsherren davongejagt und die Bebauung des Bodens in die eigenen Hände genommen. Das gegenwärtige bürgerliche Regime, das sich ein „sozialistisches" Mäntelchen umhängt, versucht schon seit längerer Zeit, überall in Portugal die Besetzungen der großen Landgüter wieder rückgängig zu machen, und sie in die Hände der alten Ausbeuter zurückzulegen.

Die Landarbeiter und kleinen Bauern setzen diesen Angriffen der Bourgeoisie und der Großgrundbesitzer einen erbitterten und harten Widerstand entgegen. So kämpften sie auch bei Mora mutig gegen die anrückende Guardia Nacional. Es gab mehrere Verletzte.

IRLAND

Der irische Ministerpräsident Cosgrave sagte unverhohlen den nordirischen Patrioten den Kampf an. Er beleidigte sie als „Terroristen", die den „Namen der Iren schänden". Weiter erklärte er, daß das reaktionäre Dubliner Regime seine Streitkräfte noch weiter verstärken werde, um die Patrioten zu bekämpfen. Die Republik Irland ist zwar nicht wie der nördliche Teil der Insel militärisch besetzt. Das irische Volk wird jedoch auch im Süden von den britischen Imperialisten ausgeplündert, die dort eine beherrschende Stellung einnehmen. Seit dem Beitritt Irlands zur EWG haben auch die Monopole des Kontinents ihre Klauen verstärkt nach dieser Insel ausgestreckt. Das reaktionäre Dubliner Regime bietet ihnen in widerlichen Zeitungsanzeigen, die auch in Westdeutschland erscheinen, die billige Arbeitskraft der irischen Werktätigen zur Ausbeutung an. Dieses Regime hat vollständig die nationalen Interessen des irischen Volkes verraten. Es ist, wie die Erklärung Cosgraves zeigt, bereit, jederzeit das Blut der besten Söhne und Töchter Irlands im Interesse der britischen Besatzer zu vergießen.

ISLAND

Der Kampf der Isländer gegen die in ihrem Land stationierten amerikanischen Truppen erweitert sich immer mehr. Tausende Einwohner verschiedener Städte führten Demonstrationen und Kundgebungen durch. Sie riefen Losungen wie „Yankees raus aus Island!", „Schließung des amerikanischen Militärstützpunktes in Keflavik!" Eine große Demonstration führten dieser Tage 7.000 isländische Werktätige in Keflavik selbst durch. Die Redner bei der abschließenden Kundgebung hoben die Gefahren hervor, die sich aus der Gegenwart amerikanischer Truppen auf isländischem Territorium ergeben und bekundeten die Entschlossenheit der Massen, den Kampf fortzusetzen, bis der letzte amerikanische Soldat aus Island verjagt ist.

SPANIEN

Der Generalrat der Republikanischen Konvention der Völker Spaniens veröffentlichte kürzlich ein Kommunique, in dem die Verbrechen der faschistischen Polizei an dem baskischen Volk von Euzkadi gebrandmarkt werden. Es verurteilt die Politik der Unterdrückung, wie sie von dem Madrider Regime gegenüber dem baskischen Volk und allen Völkern Spaniens betrieben wird. Es verurteilt auch diejenigen, die dieses Regime dadurch direkt unterstützen, daß sie an der Demokratisierungs-Farce der faschistischen Suarez-Regierung teilnehmen.

Der Generalrat, heißt es in dem Kommunique, solidarisiert sich mit dem heldenhaften Volk von Euzkadi und seinen Forderungen, die auch die der anderen Völker Spaniens sind: Freilassung aller eingekerkerten Antifaschisten, Rückkehr der Ausgewanderten, demokratische Freiheiten und nationale Rechte. Abschließend heißt es in dem Kommunique der Konvention der Völker Spaniens: Der Weg zur Erfüllung all dieser Forderungen ist der Weg des Kampfes zum Sturz der faschistischen Monarchie.

FRANKREICH

In einen eintägigen Generalstreik traten in der letzten Woche die französischen Werktätigen, um gegen die Angriffe der Bourgeoisie auf ihre Lebensinteressen zu protestieren. Am Dienstag bildeten sie einen kilometerlangen Demonstrationszug durch Paris, der in seiner Größe an die Aufmärsche während des Generalstreiks im Mai 1968 erinnerte.

THAILAND

Die thailändischen Patrioten setzen die Aktionen gegen die reaktionären Bangkoker Truppen fort. In diesen letzten Tagen griffen sie in Udon Thani eine Militärstreife an, die eine Kontroll- und Hausdurchsuchungsaktion durchführte. Nach einem heftigen Kampf zog sich die Streife der reaktionären Truppe unter Verlusten zurück. Eine weitere Aktion führten die Patrioten gegen einen Militärposten im Nordosten von Bangkok durch. Dabei wurde ein reaktionärer Soldat getötet und mehrere andere verwundet. Die reaktionären Truppen hatten außerdem Verluste an Material.

INDONESIEN

Um sich einen demokratischen Schein zu geben, führte das faschistische Regime eine Wahlfarce durch. Die dafür zugelassenen Parteien mußten sich verpflichten, das faschistische Programm des Regimes zur Grundlage ihrer Propaganda zu machen. Die Partei der Arbeiterklasse, die KPI, ist von der Suharto-Clique ebenso illegalisiert wie alle revolutionären Massenorganisationen des Volkes. Zehntausende Kommunisten und Revolutionäre sind seit dem von den amerikanischen Imperialisten gesteuerten faschistischen Militärputsch von 1965 in Konzentrationslagern und Gefängnissen eingekerkert. Das indonesische Volk machte dem reaktionären Regime einen kräftigen Strich durch die Rechnung mit dem Wahlmanöver. Trotz aller aufwendiger Propaganda, trotz des faschistischen Terrors, der im Land tobt, beteiligten sich nicht einmal 50% an der Wahl-Farce.





Spanien

Portugal

REVOLUTIONÄRE ZEITUNGEN FÜR DIE AUSLÄNDISCHEN KOLLEGEN

Lieber Leser des ROTEN MORGEN!

Die abgebildeten Zeitungen, aber auch andere Zentralorgane der Bruderparteien der KPD/ML sowie weitere revolutionäre Zeitschriften von befreundeten ausländischen Organisationen können über die „Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus" (GewiSo) bezogen werden. Wir bitten insbesondere auch die ausländischen Kollegen auf diese Möglichkeit hinzuweisen. Die Zeitungen sind nur im Abonnement erhältlich.

Bestellungen bitten wir zu richten an: **GEWISO-Buchvertrieb, 2 Hamburg 50, Postfach 500568, Tel.: 040/3902959**

Italien

Griechenland

PROLETARI DI TUTTI I PAESI, UNITEVI!

nuova unità

ΠΡΟΛΕΤΑΡΙΑΚΗ ΣΗΜΑΙΑ

Nahost-'Friedenspläne' der Supermächte

Komplott gegen die arabischen Völker

Mit immer neuen Vorschlägen, die angeblich den Frieden im Nahen Osten bringen sollen, reisen gegenwärtig die Sendboten aus Washington und Moskau durch die Länder dieser Region. Dabei geben sie sich den Anschein, als lägen ihnen vor allem die Sorgen der arabischen Völker am Herzen, als ginge es ihnen in erster Linie darum, auf die israelischen Zionisten Druck auszuüben, um sie zur Annahme einiger arabischer Forderungen zu bewegen.

Die jüngsten Äußerungen von Menachim Begin, dem künftigen Regierungschef von Israel jedoch haben deutlich gemacht, daß die Tel Aviver Reaktionäre nicht den geringsten Abstrich an ihrer aggressiven Politik machen werden. Rückgabe der 1967 besetzten Gebiete? Herr Begin verbittet sich auch schon die Frage danach. Für ihn sind es „befreite Gebiete" und ihre Besiedlung mit zionistischen Wehrdörfern wird verstärkt fortgesetzt. Die Rechte des palästinensischen Volkes? So etwas gibt es für Begin schon gar nicht. Wie sollte es auch? War doch Begin der Chef der faschistischen Terrorgruppe „Irgun", die in den vierziger Jahren palästinensische Dörfer wie Deir Yassin überfiel und ihre Bewohner hinmordete. Vertreibung, Vernichtung des palästinensischen Volkes, der Raub immer neuer arabischer Gebiete, das war und ist bis heute das Ziel der israelischen Zionisten.

Bekanntlich sind sie, die auf dem Boden Palästinas ihren rassistischen Unterdrückerstaat Israel errichtet haben, nicht nur in der arabischen Welt, sondern auch darüber hinaus äußerst isoliert. Warum wagen sie es dann, derart unverhohlen, mit solcher Unverschämtheit, wie es Begin jetzt tat, das palästinensische Volk und die anderen arabischen Völker zu verhöhnen? Sie fühlen sich stark, weil sie die Unterstützung der beiden Supermächte genießen. All die schönen Worte, mit denen Carter und Breschnew, Vance und Gromyko die Völker des Nahen Ostens betören wollen, können diese Tatsachen nicht vertuschen: Es sind die amerikanischen Imperialisten, die Israel bis an die Zähne mit Waffen für seine Aggressionen ausgerüstet haben. Nach wie vor stehen die Zionisten mit an der Spitze der Empfänger amerikanischer Waffen, sie haben stets die modernsten Systeme wie F-15-Kampfflugzeuge, Lance-Raketen usw.

Die russischen Sozialimperialisten stehen dem in nichts nach. Sie liefern den Tel Aviver Reaktionären die Soldaten, die die amerikanischen Waffen bedienen und gegen die arabischen Völker einsetzen können. Allein in den letzten Jahren ließen sie 120.000 jüdische Sowjetbürger nach Israel auswandern. Für die Zionisten höchst willkommen. Denn immer mehr Menschen verlassen ihren Unterdrückerstaat. Doch damit nicht genug: Schon seit längerer Zeit bieten die Kreml-Herren den Zionisten die Versorgung mit Rohstoffen an und unterhalten sogar militärische Beziehungen, wie sich kürzlich beim Besuch einer sowjetischen Militärdelegation in Israel zeigte.

Das sind die Tatsachen. Und die arabischen Völker, vor allem das kämpfende Volk Palästinas, sind nicht bereit, ihr Schicksal in die Hände der Supermächte zu legen. Das ist auch der Grund dafür, warum all die falschen „Friedenspläne" aus Washington und Moskau gescheitert sind. Jetzt haben die amerikanischen und russischen Imperialisten zu verstehen gegeben, daß sie noch in diesem Jahr die Genfer Friedenskonferenz fortsetzen wollen, bei der sie gemeinsam den Vorsitz haben. Die daran beteiligten arabischen Länder und die Zionisten sollen dann eine Regelung annehmen, die angeblich den Frieden wiederherstellen wird. Für eine solche Regelung produzieren Washington und Moskau eifrig Vorschläge. Jede Supermacht versucht dabei unter dem Mantel des „Friedensstifters" und des „ehrlichen Maklers" ihren eigenen Einfluß auf den Nahen Osten zu vergrößern, um die Reichtümer dieser Region in noch größerem Maßstab ausplündern zu können. Erbittert ringen sie um jedes Stückchen Boden. Wird die eine Supermacht in einem arabischen Land vor die Tür gesetzt, klopft gleich die andere und bietet sich als guter Freund an.

In einem Punkt sind sich die russischen und die amerikanischen Imperialisten allerdings einig: in ihrer Feindschaft, ihrem grenzenlosen Haß gegen den Freiheitskampf der arabischen Völker. Wie unterschiedlich, entsprechend ihren jeweiligen Interessen, die „Friedensvorschläge" von Carter und Breschnew auch sein mögen, sie stimmen darin überein, daß die arabischen Länder, einschließlich der PLO, gezwungen werden sollen, das Existenzrecht Israels und seine „sicheren Grenzen" anzuerkennen. Sie stimmen weiter darin überein, daß diese Grenzen „international garantiert" werden müssen, daß also die Supermächte nach Belieben dort Truppen stationieren, Spionageeinrichtungen errichten können usw. Was heißt das aber anderes als vollständig das Recht des palästinensischen Volkes auf Befreiung seiner Heimat zu leugnen? Was heißt das anderes, als daß die Supermächte bereit sind, den rassistischen Staat Israel mit Waffengewalt vor dem Ansturm der palästinensischen Revolution zu sichern?

Eine besonders hinterhältige Rolle bei diesen Plänen spielen die russischen Sozialimperialisten. Denn sie führen sich als die engsten Freunde des palästinensischen Volks auf, reden von „brüderlichen Beziehungen" zur PLO und streichen groß die Bedeutung ihrer „Hilfe" für die Befreiungsbewegung heraus. Die Tatsachen zeigen jedoch, daß sie den Zielen dieser Bewegung, der Befreiung ganz Palästinas, entgegenarbeiten. Ihre Beziehungen dienen einzig und allein dem Zweck, auf die Befreiungsbewegung Einfluß zu nehmen, um sie zu spalten, um sie kommandieren zu können, um aus ihr ein Instrument der sozialimperialistischen Hegemoniebestrebungen zu machen, um sie als Trumpfkarte im Konkurrenzkampf und in den Schachereien mit der amerikanischen Supermacht auszuspielen.

So versuchen die Kreml-Herren schon seit längerem — allerdings vergeblich — der PLO eine Erklärung zur Anerkennung Israels abzupressen. So konzentrieren sie gegenwärtig ihre Anstrengungen darauf, der Befreiungsbewegung die Teilnahme an der Genfer Konferenz schmackhaft zu machen. Dort wollen sie die Zustimmung des palästinensischen Volkes zu ihren reaktionären Plänen damit erkaufen, daß sie ihm die Errichtung eines Staates auf einem kleinen Stück Palästinas anbieten. Eines Staates, eingeklemmt zwischen dem zionistischen Israel und dem reaktionären jordanischen Königreich, eines Staates, an dessen Grenzen die „internationalen Friedenstruppen" der Supermächte stünden und der nicht das Recht auf eine eigene Bewaffnung hätte. Was wäre denn ein solches Gebilde, dem die Moskauer Herren auch noch den Titel eines „unabhängigen Palästina-Staates" anhängen, anderes als ein Spielball der Supermächte, vor allem der Sozialimperialisten?

Aber die Breschnew und Co. haben ihre Rechnung ohne das palästinensische Volk gemacht. Dieses Volk hat noch nie sein Schicksal von falschen Freunden abhängig gemacht. Es hat darauf beharrt, den bewaffneten Kampf zur Befreiung seiner ganzen Heimat zu führen. Heute ist die Lage so, daß das palästinensische Volk den Streikkampf und die Massenbewegung in den besetzten Gebieten gut mit dem bewaffneten Kampf verbindet, sich hauptsächlich auf letzteren verläßt und die Hilfe und Unterstützung der arabischen Völker hat. So wird das palästinensische Volk bestimmt seine berechtigten Bestrebungen verwirklichen.

Amerikanische Afrika-Politik

Eine neue Taktik der Unterdrückung

„In den USA entsteht eine grundsätzlich neue Afrika-Politik, ein revolutionärer Sinneswandel." Mit dieser Behauptung verblüffte der amerikanische Botschafter Young die Teilnehmer an einer UNO-Konferenz in Mosambik. Was Young mit diesen Erklärungen bezweckte, wurde spätestens dann deutlich, als er seine Empfehlungen für die im bewaffneten Kampf um ihre Befreiung stehenden Völker des südlichen Afrika zum besten gab.

Mit aller Kraft müßte eine „friedliche Lösung" gefunden werden. Statt zum Gewehr zu greifen, sollen die Afrikaner ihre Unterdrücker, die weißen Rassistenregime, mit Käuferstreiks bekämpfen. Young, der selbst Afroamerikaner ist, behauptete allen Ernstes, mit dieser Taktik hätten sich die amerikanischen Neger auf friedlichem Weg ihre Gleichberechtigung erkämpft. Aber gibt es denn in den USA keinen Rassismus, keine Unterdrückung der farbigen Minderheiten mehr? Nach wie vor antworten die amerikanischen Imperialisten auf ihren gerechten Kampf mit den Kugeln der Nationalgarde und den Knüppeln der Polizei.

Natürlich, Typen wie Young, sie spüren nichts von dieser Unterdrückung. Denn sie sind selbst Angehörige der herrschenden Klasse. Sie werden ausgeschickt, um als Parade-Neger bei den afrikanischen Völkern Stimmung für den blutgierigen amerikanischen Imperialismus zu machen. Die Auftritte Youngs, die Manöver des Vize-Präsidenten Mondale, der angeblich Druck auf das rassistische Vorster-Regime ausübt, die Forderungen der schwarzen Mehrheit zu erfüllen, all das soll die afrikanischen Völker glauben machen, sie hätten in der amerikanischen Supermacht einen uneigennützigen Freund gewonnen. Aber dadurch, daß Nixon und Ford abdanken mußten, daß mit Carter eine neue Mannschaft mit einem neuen Stil die Regierungsgeschäfte für die Wallstreet-Monopole übernommen hat, ist der amerikanische Imperialismus nicht plötzlich friedliebend geworden. Gerade die neuen Initiativen von Young und Mondale zeigen, daß die amerikanische Supermacht nach wie vor mit Klauen und Zähnen ihre Vorherrschaft über das südliche Afrika verteidigt, daß sie im Ringen mit ihrem Konkurrenten, der russischen Supermacht, um die Kontrolle über Afrika die Rassisten-Regime als Bastionen weiter ausbaut, und nur ihre Fassade aufpolieren will.

Die afrikanischen Völker jedoch werden diesen neuen Freunden ebenso wenig trauen wie den Kreml-Herren, die sich auch als ihre Unterstützer aufspielen. Sie werden unbeirrt den bewaffneten Kampf fortsetzen als den einzigen Weg, der wirklich zu ihrer Befreiung führt.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Gespräch mit einem jungen Führer der Front des Volkes

Der Widerstand in Chile

Das folgende Interview mit einem jungen Führer der Front des Volkes wurde vor kurzem von der revolutionären Nachrichtenagentur des chilenischen Volkes A. N. CH. A. veröffentlicht. Es beschreibt konkret und anschaulich die Entwicklung des Kampfes des chilenischen Volkes gegen die faschistische Diktatur. Wir haben es leicht gekürzt und mit Zwischenüberschriften versehen.

Frage: Wie ist die Einstellung der verschiedenen sozialen Klassen gegenüber der chilenischen Diktatur?

Pedro: Man kann sagen, daß heute die Mehrheit der Bevölkerung des Landes, etwa 80% aller Chilenen, gegen die Diktatur sind. (...) Insgesamt kann man sagen, daß die Kleinbourgeoisie sich häufig beklagt und eine Lösung erwartet, die von oben kommt. Sie ist nicht sehr aktiv, denn sie hat Illusionen: Carter, ein Bündnis mit den Christdemokraten und den Amerikanern ... du verstehst schon.

Im Gegensatz dazu findest du in der Arbeiterklasse eine viel klarere Haltung, eine kämpferische Haltung ... Ich weiß nicht, ob du mich verstehst: Sie sind es, die am meisten erlitten haben! Es geht nicht allein um die Toten und um die, die im Gefängnis sind, sondern um eine Arbeitslosigkeit und tägliche Not, wie Chile sie nie zuvor kannte. Man haßt die Militärs, und die Menschen organisieren sich überall.

Frage: Gibt es Untergrundorganisationen?

Pedro: Sicher, es gibt sie überall. Es sind die Bedingungen der Repression selbst, die uns nach und nach zu flexiblen Organisationsformen geführt haben, bei denen jede Widerstandszelle dezentralisiert und unabhängig ihre konkreten Aktionen durchführt, wobei sie der gemeinsamen Zielrichtung des gesamten Widerstandes folgt.

Frage: Welche Beziehung besteht zwischen der Front des Volkes und den Widerstandskomitees?

Pedro: Die Front des Volkes ist organisiert auf der Basis der Widerstandskomitees. Was ist das, ein Widerstandskomitee? Es ist eine kleine Organisation, die aus dem Schoß der Massen entstanden ist, die besteht aus einer geringen Anzahl von Menschen, höchstens sechs, im allgemeinen vier oder fünf. Wie sieht ihre Aktivität aus? Sie organisieren vor allem die Propaganda und unterstützen und ermutigen alle Formen des Kampfes gegen die Diktatur (...)

Frage: Wen beziehen diese Widerstandskomitees ein?

Pedro: Das sind sehr viele Menschen. Es gibt Kämpfer aus verschiedenen politischen Parteien ebenso wie Menschen, die niemals in einer Partei gekämpft haben. Man schließt sich zusammen um gemeinsame Ziele der Front des Volkes, den Kampf gegen die Diktatur und den Kampf um wirtschaftliche und politische Tagesforderungen und längerfristige Forderungen. Diese Forderungen geben die Interessen der breiten Massen wider. Es ist sehr leicht, einen Kern von Kämpfern um diese Ziele zusammenzuschließen. Tatsächlich sind die Widerstandskomitees zu Zentren, zu Motoren für den antifaschistischen Kampf in Chile geworden.

Frage: Kannst du uns über die Aktivitäten, die ein Widerstandskomitee entwickelt hat, berichten?

„Man fördert alle Formen des Kampfes"

Pedro: Man fördert alle Formen des Kampfes. In der Fabrik gibt es beispielsweise den Boykott der Produktion, man arbeitet „langsam". In den Wohngebieten organisieren sich vor allem die Frauen, um ihre gemeinsamen Probleme zu lösen, um gegenüber den Behörden zu bestehen. Allein schon die Tatsache, daß sie in der Lage sind, sich zu organisieren, bringt die Militärs in Verlegenheit, sie erkennen, daß es ihnen nicht gelingt, die Solidarität und die Organisationsfähigkeit der Menschen zu zerschlagen. Die Studenten haben ebenfalls spezifische Forderungen, denn heute ist die Universität nicht mehr unentgeltlich, sie ist sehr teuer und selektiv (...) Die Schüler arbeiten ebenfalls aktiv im Widerstand ... wie soll ich dir das erklären? Jedes Widerstandskomitee ist organisiert in einem Zentrum der Arbeit oder einem Wohngebiet, die Aktivitäten hängen ab von ihren eigenen Problemen ...

In der letzten Zeit entstanden zahlreiche Widerstandskomitees in den verschiedenen Lehrbereichen der Universität und unter den Schülern. Jedes Widerstandskomitee gibt seine eigene illegale Zeitung heraus; im letzten Trimester 76 lernten wir drei neue kennen: „Liberacion", die alle Widerstandskomitees der Fakultät Orientalistik vertritt, andere Komitees geben „Libertad" heraus, die Schüler haben begonnen, „Unidad" zu verbreiten; weiter gibt es „Widerstand der Bauern", jede Fabrik druckt ihre eigene Zeitung, vielleicht nur eine Seite, doch für sie ist es ihre eigene Untergrundzeitung, die sie informiert über die Forderungen, die sie direkt interessieren. Und weiter gibt es „Resistencia", die Zeitung der Front des Volkes mit nationaler Verbreitung.

DIE MARXISTISCH-LENINISTISCHE WELTBEWEGUNG WÄCHST UND ERSTARKT 7

FÜR DIE EINHEIT DES VOLKES ZUM KAMPF GEGEN DEN IMPERIALISMUS UND ZUM STURZ DER DIKTATUR

VERLAG ROTER MORGEN

ANCHA

CHILENISCHE ANTIFASCHISTISCHE PRESSEAGENTUR

Herausgabe der FRONT DES VOLKES im Ausland

FEBRUAR 1977

DEUTSCHE AUSGABE

DIE POLITISCHEN HÄFTLINGE IN CHILE

A.N.CH.A., deutsche Ausgabe der „Chilenischen Antifaschistischen Presseagentur", herausgegeben von der „Front des Volkes" im Ausland. 12 Ausgaben DM 15,00.

Für die Einheit des Volkes zum Kampf gegen den Imperialismus und zum Sturz der Diktatur. Gemeinsame Erklärung der RKP Chiles und der KPD/ML, Interview mit einem leitenden Mitglied der RKP Chiles und zwei programmatische Dokumente der RKP Chiles. 80 Seiten DM 3,00.

Zu bestellen bei: GEWISO-Buchvertrieb, 2000 Hamburg 50, Postfach 500568.

Frage: Kannst du uns über konkrete Kampfaktionen eines Widerstandskomitees berichten?

Pedro: Sicher, es gibt viele ... Ich will zuerst erzählen, was in der Fabrik „Rema Rittig" geschah, im Cordon Macul (...) Nun, du weißt, daß diese Fabrik unter der Regierung der Unidad Popular nationalisiert worden war, und daß die Junta sofort versuchte, sie zu verkaufen, daß sie aber keinen Käufer fand. Nun, die „Denker" der Junta erfanden eine Farce, einen wahren Diebstahl: Sie wollten die Fabrik an die Arbeiter verkaufen! Das ist Raub, dieser Betrug! Die Fabrik war in einer sehr schlechten Lage, und das hätte den Verlust aller sozialen Errungenschaften bedeutet, die in Jahren des harten Kampfes errungen worden waren. Die Militärs hatten sogar den Vorsitzenden der Gewerkschaften, einen Gelben, in dieses Manöver eingespannt.

Nun, eine Gruppe von Arbeitern, die zur Front des Volkes gehörten, analysierten die Lage und entschlossen sich, diese Farce zu entlarven und zu verhindern. Sie druckten ein Flugblatt, in dem sie erklärten, um was es sich handele, und in dem sie die Gelben und die Verräter entlarvten. Das löste eine gesteigerte Unterdrückung gegen die Arbeiter aus, und das wiederum führte dazu, daß viele Arbeiter sich bewußt wurden und die Organisation der Komitees verbessert wurde. Verstehst du, es gelang ihnen nicht, den Militärs, es gelang ihnen nicht, die Arbeiter in die Falle laufen zu lassen.

Frage: Wie organisiert man ein Widerstandskomitee?

Pedro: Ich will dir über meine eigenen Erfahrungen berichten. 1974 schrieb ich mich in der Universität ein. Ich mußte erst einmal das Terrain sondieren, erfahren, wer ist wer, was denkt der einzelne, woher kommt er, die Schnüffler herausfinden. Nun, ich fand die Leute heraus, zu denen ich mehr Vertrauen haben konnte, aber nicht nur auf der Grundlage dessen, was sie redeten: Man muß sich immer etwas genauer erkundigen, Angaben erhalten, von solchen etwas erfahren, die sie schon länger kannten. (...)

Frage: Nun, auf welche Weise wurde das Widerstandskomitee in deiner Schule gebildet?

Pedro: Kurz vor dem ersten Jahrestag des Staatsstreichs gab es in ganz Chile eine große Kampagne gegen die Junta. Ich hatte bereits Freunde. Wir organisierten eine Kampagne bei uns und erklärten, was mit der faschistischen Diktatur an der Universität alles geschehen sei. An der Universität gibt es zwei große Kampfabschnitte: gegen die Universitätsgebühren und gegen die interne Unterdrückung. Wir haben uns auch organisiert, um während der Kurse die faschistische Ideologie ständig anzugreifen.

Frage: Man kann auch während der Kurse diskutieren?

Pedro: Um sich zu versichern, ob die Studenten die Vorlesungen verstehen, akzeptieren sie Fragen zu den Themen, die sie behandeln. Nun, eine kleine Gruppe von Studenten stimmt sich ab und legt eine Taktik fest, die sie befolgen, man verteilt sich über den Saal und stellt Fragen, „neutral", „wissenschaftlich", wenn du willst nicht-engagiert. Es gibt da die Kritik an der Arbeitspraxis, denn sie hat nicht das Geringste mit der Praxis zu tun. Jedermann weiß, worum es geht, selbst die Studenten, die neu sind an der Universität und die keineswegs politisiert sind, dennoch mucken sie auf. Sie kämpfen um eine gute Ausbildung. Auf diese Weise haben wir Studenten gewonnen, die sogar reaktionäre Ansichten hatten, als sie in die Universität eintraten.

Frage: Was habt ihr gemacht?

Pedro: Wir haben eine Propagandakampagne gemacht, mit Flugblättern und vor allem Wandparolen. Du weißt, man hat immer große Filzstifte dabei, man schreibt damit eine Parole, wenn man unbeobachtet ist, in den Gängen, vor allem auf den WCs. Dort haben wir die meiste Propaganda gemacht, und wenn wir Flugblätter verbreitet haben, dann haben wir das mit so viel Frechheit getan, daß es alle Welt beeindruckte.

Frage: Wie habt ihr die Flugblätter verteilt?

Pedro: Es gibt verschiedene Techniken: Wir haben eine Stelle ausfindig gemacht, wo es viel Wind gab. Wenn du einen Haufen Flugblätter dort auf den Boden legst, tut der Wind die Arbeit für dich, er verteilt sie. Oder du hinterläßt überall kleine Packen, die Leute holen sie sich. Sie haben eine solche Gier nach Information, daß sie sie lesen und sofort weitergeben. Jedes Flugblatt wird von vielen Menschen gelesen; die letzten, die sie bekommen, haben nur noch ein völlig abgenutztes Papier. Heute wissen wir um den Wert eines jeden Flugblattes, wir wissen, wie hoch die Schwierigkeiten und Risiken sind ...

Frage: Gab es nicht Aktionen, die koordiniert waren mit anderen Widerstandskomitees?

Pedro: Doch, vor allem in der Zeit des ersten Jahrestages des Staatsstreichs. Es gab ein Widerstandskomitee an der Fakultät, das Kontakt hatte zu verschiedenen Schulen. Man organisierte sich auf folgende Weise: Man stimmte sich ab, ein Flugblatt vorzubereiten für einen festgelegten Termin, jedes Komitee an der Schule sollte sein eigenes Flugblatt herstellen und drucken, und man legte Tag und Stunde fest, das wurde durchgeführt wie aus einem Guß, es wurde ein großer Erfolg.

Frage: Was heißt: wie aus einem Guß?

Pedro: Man geht niemals unnötige Risiken ein, jede Aktion ist sorgfältig vorausgeplant, und man probt sie vorher mehrmals durch. Wenn man sie dann wirklich durchführt, kennst du genau jeden Ort, die Zeit, die du brauchst, um die Aktion durchzuführen, und wie du sehr schnell verschwinden und dich verstecken kannst.

Frage: Was war das Ergebnis dieser Propagandakampagne?

Pedro: Wir haben ein zweites Widerstandskomitee gegründet, und als ich Chile verließ, gab es in meiner Schule schon drei, ein Dutzend Personen insgesamt. Das ist ein großer Erfolg, siehst du, denn vorher hatte es niemanden gegeben. (...)

„Die Menschen erwarten noch mehr Kühnheit"

Frage: Wie ist die Haltung der Front des Volkes gegenüber den verschiedenen politischen Parteien?

Pedro: Die Front des Volkes ist keine politische Partei, auch keine Tarnorganisation, hinter der sich irgendeine Partei versteckt. Die Teilnahme in der Front des Volkes schließt den Kampf in politischen Parteien nicht aus. Die einzige Bedingung ist das Einverständnis mit den wesentlichen Programmpunkten der Front des Volkes. (...) Kurz gesagt, wenn es Menschen gibt, die nicht in die Organisation der Front eintreten wollen, so können sie doch immer teilnehmen an ihrer Politik, und das ist sehr wichtig. (...)

Frage: Wie ist diese Aktivität in den Armenvierteln organisiert?

Pedro: Sie wird vor allem durch die Front des Volkes organisiert. (...) Die Arbeit, die in den Armenvierteln gemacht wurde, ist außerordentlich gut, und hier haben sie vor allem die Frauen gemacht. Sie haben die gesamte Organisation der Armenviertel in die Hand genommen, und alles läuft sehr gut. Nun, in Zusammenhang mit dieser Arbeit redet man, man tauscht Ideen aus, man informiert sich ... und man formt sich. Zum 1. Mai organisierte man in einem Armenviertel im Süden von Santiago — ich sage dir nicht den Namen, du verstehst, ich kann nicht — die Front des Volkes, und andere Bereiche haben ein Treffen organisiert. (...)

Es waren zwischen 300 und 400 Menschen. Die künstlerischen Einlagen, die Reden, all das war offen politisch, man rief auf zur Einheit im antifaschistischen Kampf. Ein Genosse der Front des Volkes sprach. Man verteilte Flugblätter, die sehr gut aufgenommen wurden. Man hatte den Eindruck, daß die Menschen das erwartet hatten, daß sie noch mehr Kühnheit wollten.

Frage: Du hast von dem Streik in der Papierindustrie von Puente Alto gesprochen. Was ist da passiert?

Pedro: Nun, das geschah im Juli 1976. Die Unternehmer dieser Fabrik hatten immer zu den „harten" gehört, und sie hatten schon seit langem versucht, die Gewerkschaft zu manipulieren. Sie hatten einen Gewerkschaftsführer, der von dem Unternehmen vollständig gekauft ist, die Kerle nennen ihn das „Schwein" Castillo. Man rief die Arbeiter zu einer Versammlung, um ihnen mitzuteilen, daß man sie künftig monatlich und nicht wöchentlich auszahlen werde.

Frage: Damit waren sie nicht einverstanden?

Pedro: Genau! Man muß die Inflationsrate in Chile kennen, die Preise steigen wirklich jeden Tag! Um 1% pro Tag! Wenn du deinen Lohn nun am Ende des Monats bekommst anstatt am Ende der Woche, so verlierst du in Wirklichkeit weniger als die Hälfte. Man bestiehlt dich, verstehst du? Und dann, diese Leute sind Räuber, sie nehmen dir Geld ab für dies und das, und wenn du ihnen zeigst, daß sie Unrecht haben, dann geben sie es dir erst bei der nächsten Lohnauszahlung wieder. Nun, die Leute sagten sich, wenn man nun einen Monat warten muß bis zur nächsten Löhnung ...

Frage: Also haben die Arbeiter nicht akzeptiert?

Pedro: Sie hatten die Versammlung nicht einberufen, damit sie das akzeptieren, die gelben Führer hatten schon alles unterschrieben, ohne ein Wort darüber zu verlieren, das geschah nur, um die Arbeiter zu informieren. Es gab ein allgemeines Wutgeschrei, die Arbeiter weigerten sich, aber das „Schwein", Castillo, der den Vorsitz hatte, wollte die Arbeiter nicht reden lassen, und die Unternehmer, die anwesend waren, wollten nichts hören. So haben sich die Arbeiter zurückgezogen, um ihre Weigerung unter Beweis zu stellen, und begannen, die Maschinen stillzulegen. Die Unternehmer ließen sofort diejenigen, die zur Versammlung gesprochen hatten, von der Polizei verhaften. Was so außergewöhnlich ist, ist, daß die Genossen die Maschinen nicht wieder anwarfen, sie hatten keine Angst, und sie drohten, den Streik fortzusetzen. Am folgenden Morgen haben die Unternehmer gezahlt, nun, sie haben das Gesicht verloren, das war ein großer Sieg. Du siehst, Sachen wie diese, das gibt Mut. Heute gibt es illegale Gewerkschaften, illegale Arbeiterkomitees, Widerstandskomitees, Komitees der Front des Volkes ...

Chiles Freiheit kann nur durch den Volkskrieg errungen werden

Frage: Wenn man an den Widerstand denkt, denkt man immer an den bewaffneten Kampf. Faßt die Front des Volkes die Möglichkeit ins Auge, zum bewaffneten Kampf zu kommen?

Pedro: Die Absicht der Front des Volkes ist es, das kämpferische Niveau der Massen Stück für Stück zu heben, das endlich in den bewaffneten Volkskrieg münden wird. Wir denken, daß das chilenische Volk die Lehre aus dieser Niederlage gezogen hat. Heute sind die Menschen damit einverstanden, daß man die Macht allein mit den Waffen erringen und verteidigen kann. (...) Die Bedingungen für diesen Kampf sind bereits da, die Front des Volkes beginnt, offiziell zu unterstützen, daß das Volk den bewaffneten Kampf gebraucht, als eine Form des Kampfes, um seine Befreiung zu erringen.

Wir sagen nicht immer, daß der bewaffnete Kampf die einzige Form ist, um die Diktatur zu stürzen. Die Diktatur kann auch ohne bewaffneten Volkskrieg stürzen, als Ergebnis der Widersprüche innerhalb der Bourgeoisie, der Widersprüche zwischen Bourgeoisie und Imperialismus, sie kann stürzen durch einen Militärputsch von ein oder zwei Gruppen, durch irgendeine kombinierte Form, oder es kann einen nicht bewaffneten Volkskampf zugleich mit einem bewaffneten Kampf geben. **Die endgültige Befreiung des chilenischen Volkes allerdings kann nur durch den bewaffneten Volkskrieg errungen werden, das sind zwei verschiedene Dinge.**

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE		
	1. Programm		
13.00 – 13.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
14.30 – 15.00	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
16.00 – 16.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
18.00 – 18.30	9350 kHz	32,08 m	KW
	7300 kHz	41,10 m	KW
19.00 – 19.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	2. Programm		
21.30 – 22.00	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW
23.00 – 23.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1457 kHz	206 m	MW
6.00 – 6.30	7300 kHz	41,10 m	KW
	5945 kHz	50,46 m	KW
	1394 kHz	215 m	MW

Kommt zu den Pressefesten des 'Roten Morgen'!

De „Moin", de givt de Worheit wedder!

„Ik seg de Worheit!" seggt se all.
Dor is de „Bild" un ok de „Spegel".
De „Bild", de lögt up jeden Fall,
doch is dat nich de Utnom vunne Regel,
mit „Spegel", „Stirn" un „KVZ",
un mit de „Fohn" und ok „UZ"?
Keen wiest mi twischendöch?

Lich is dat nich, dat kanns man glöben!
Bit Weisheit di vun Heben fallt,
Schalls du nich enfach so up töben!
Sons hebbt se di all lange krallt,
de „Spegel", „Bild" mit ehre Lögen,
„Deit ok de „Fohn" mi denn bedrögen?"
Keen wiest mi twischendöch?"

Du mus ni blots de Zeitung lesen
un in din Stuv so rümmer grübeln!
Du mus ok lurn: Wo is dat wesen?
Jüs bin Tarif, un mit Verdübeln
vun Kommunismus un Gewalt?
Pass up, wenn gliks de Groschen fallt!
Denn kümmst du twischendöch!

Denn marks du gau den Ünnerscheet
von „Roden Moin" un all de annern.
Vun „Bild" bit „Spegel" sünt forts beet.
Doch wüllt Kollegen ünnerwannern,
„Elan" un „Echo" un „UZ".
De „Fohn" un ok de „KVZ".
Noch büs ni twischendöch!

Denn mus ok mol no dröben kieken,
in't DDR-Ost-Paradies!
So segt „UZ" un ehretglieken,
doför kriggt se'n poor Mille Kies.
Ok Bonn deit sowat oppoliern,
wil dat se'n Palamentarismus viern.
Dor bün ik twischendöch.

Un denn dat Jubeln vunne „Fohn"
up Reza eller sun Gesocks.
Dor schüllt se us doch aff mit gohn,
mit „drütte Welt" un Börger-Blocks.
De Bunneswehr schall'k ni verjogen?
De Semlers överspannt den Bogen!
Dor bün'k mit twischendöch!

To schlechste Letzt noch KVZ.
De will mi permanent bewiesen:
De DGB is mehrst adrett,
rutschmieten mütt wi blots de Fiesen!
Wat mütt dat blots für Schmieres wehn,
de nich de Real'tät wüllt sehn?
Nu bün ik twischendöch!

To gode Letzt, dor blivt blots een,
dat is de „Rode Moin".
Wat Arbeiters und Burs meen,
verklort he us so schoin!
Kolleg, wenn du de Wohrheit söchst,
denn brukst blots totogriepen,
De „Moin" de wiest di twischendöch!

Eingesandt von einem Genossen aus Kiel.







Überall in der Bundesrepublik und Westberlin wird kräftig für das Pressefest geworben und gleichzeitig auch die Propaganda für den „Roten Morgen" verstärkt. Dieser Genosse aus Offenbach spielt jedesmal, wenn er den „Roten Morgen" verkauft, eine selbstgeschriebene kurze Szene zum jeweiligen aktuellen Thema. Auf dem Bild z. B. spielt er — mit Zylinder und auf einem Eimer stehend — den Kapitalisten oder auch den Arbeitsamtdirektor. Wenn er vom Eimer steigt und den Hut absetzt, ist er der Arbeitslose. Die Genossen aus Offenbach berichten: „Es bleiben dann so ca. 50 bis 70 Leute stehen und somit sind viel bessere Möglichkeiten gegeben, den ‚Roten Morgen' zu verkaufen."
Der Frankfurter Agitprop-Trupp „Rote Kolonne" tritt meistens mit einem kleinen Programm von 20 bis 30 Minuten auf. Dann hören sehr viele Menschen zu und der Verkauf des „Roten Morgen" liegt bei über 20 Exemplaren. Die Genossen aus Dortmund-Hörde haben sich für ihren Stand eine „Litfaßsäule" gebastelt und sie schon erfolgreich eingesetzt . . .

Wir laden alle Freunde des „Roten Morgen" herzlich ein zu den Pressefesten, die anläßlich des 10jährigen Bestehens des Zentralorgans der KPD/ML am 11. Juni in Hamburg, Dortmund Westberlin und Frankfurt und am 18. Juni in Stuttgart stattfinden werden. Wir laden alle Werktätigen ein, unsere Pressefeste zu besuchen und den „Roten Morgen" näher kennenzulernen. Im folgenden ein Ausschnitt aus dem Programm der Pressefeste:

Aus dem Programm der Pressefeste

Rede zur Geschichte und Bedeutung des „Roten Morgen". Es sprechen u. a. Genosse Ernst Aust (Dortmund und Stuttgart) und Genosse Gernot Schubert (Hamburg).

Informationsecke mit einem Redakteur des „Roten Morgen"

Ausstellungen * 10 Jahre „Roter Morgen", seine Geschichte, seine Aufgaben, seine Herstellung * Betriebs- und Stadtteilzeitungen der Partei und ihr Kampf



Volkstänze * Volksmusik * Lieder und Tänze ausländischer Freunde * Sketsche * gemeinsames Singen



Filmvorführungen * Der Dokumentarfilm „Es lebe der III. Parteitag der KPD/ML" * Der Agitprop-Film „Rote Raketen" * Der Film über den Kampf zur Einbürgerung Sascha Haschemis * und weitere revolutionäre Filme

Unterhaltung *Wurfbude, Tauziehen *Fußballspiel * Hau den Lukas * Malwettbewerb * Porträtzeichnen * Fragespiel * „Roter Morgen"-Quiz * **Tanz** zum Ausklang des Pressefestes

Tombola mit vielen Preisen

Kinderprogramm * Luftballons bemalen und steigen lassen * Puppenspiel * Spiele und Wettkämpfe

Wettbewerbe. Auszeichnung der Gewinner des Artikel- und Plakatwettbewerbs des „Roten Morgen"



Abonniert das Zentralorgan der KPD/ML!

**Verlag G. Schneider
Postfach 300526
4600 Dortmund 30**



Hiermit bestelle ich:

Abonnement ab Nr. . . . . . .

O für 1 Jahr O für 1/2 Jahr O Probenummer

Name: . . . .

Straße: . . . .

Plz/Ort: . . . .

Unterschrift: . . . . Datum: . . . .
(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben).

Die Zahlung erfolgt:

O jährlich **DM 30,--** O halbjährlich **DM 15,--** O vierteljährlich **DM 7,50**

Die jeweiligen Gebühren sind im voraus nach Erhalt der Rechnung zu überweisen auf das Postscheckkonto Dortmund Nr. 23600-465 oder Bankkonto Stadtsparkasse Dortmund Nr 321004911. Das Abonnement verlängert sich jeweils um 1 bzw. 1/2 Jahr, wenn es nicht einen Monat vor Ablauf gekündigt wird (ausgenommen sind Geschenkabonnements).

Parteibüros der KPD/ML

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD/ML und der ROTEN GARDE, Jugendorganisation der KPD/ML. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. Über die Parteibüros können auch Literatur aus der VR China, der SVR Albanien und Veröffentlichungen des Verlags Roter Morgen bezogen werden.

Zentrales Büro, Redaktion „Roter Morgen", Landesverband (LV) NRW und Buchladen „Roter Morgen", 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 9-12 und 14-18 Uhr, Sa. 9-14 Uhr.

Parteibüros:

LV Wasserkante, 2000 Hamburg 50, Buchladen „Roter Morgen", Stresemannstr. 110, Tel.: 040/4 39 91 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 15-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Niedersachsen, 3000 Hannover, Buchladen „Roter Morgen", Elisenstr. 20, Tel.: 0511/44 51 62. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 17-19, Sa. 9-13 Uhr.

LV Südwest, 6800 Mannheim, Lortzingstr. 5, Tel.: 0621/37 67 44. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 17-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Baden-Württemberg, 7000 Stuttgart 1, Buchladen „Roter Morgen", Haußmannstr. 107, Tel.: 0711/43 23 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

LV Bayern, 8000 München 2, Buchladen „Roter Morgen", Maistr. 69, Tel.: 089/53 59 87. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 Berlin 65 (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Schererstr. 10, Tel.: 030/4 65 28 07. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 14.30-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

5100 Aachen, Buchladen „Roter Morgen", Viktoriastr. 35. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa 10-14 Uhr.

4800 Bielefeld, Buchladen „Roter Morgen", Sudbrackstr. 31, Tel.: 0521/17 74 04. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16.30-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4630 Bochum, Buchladen „Roter Morgen", Dorstener Str. 86, Tel.: 0234/51 15 37. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-19, Sa. 10-13 Uhr. Mi 17-19 Uhr.

2800 Bremen (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr 70, Tel.: 0421/39 38 88. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

4100 Duisburg 1 (Hochfeld), Paulusstr. 36, Tel.: 0203/6 47 96. Öffnungszeiten: Mi. und Fr. 16.00-18.30, Sa 10-13 Uhr.

6000 Frankfurt, Buchladen „Roter Morgen", Burgstr. 78, Tel.: 0611/43 75 95. Öffnungszeiten: Di.-Fr. 16-18.30, Sa. 10-14 Uhr.

2300 Kiel 1, Buchhandlung „Roter Morgen" Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431/56 77 02. Öffnungszeiten: Mo, Mi, Do. 9-13 Uhr und 15-18 Uhr, Di. und Fr. 9-13 und 15-18,30 Uhr, Sa. 9-13

5000 Köln 91 (Kalk), Buchladen „Roter Morgen", Kalker Hauptstr. 70, Tel.: 0221/85 41 24. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa. 9-13 Uhr.

2400 Lübeck, Buchladen „Roter Morgen", Schlumacherstr. 4, Tel.: 0451/7 69 39. Öffnungszeiten: Mo, Mi. und Fr. 16.30-18.30 Uhr.

4400 Münster, Buchladen „Roter Morgen", Bremer Platz 16, Tel.: 0251/6 52 05. Öffnungszeiten: Mo.-Fr. 16-18.30, Sa 11-14 Uhr.